



VERGABEUNTERLAGEN

261-24-EK2

Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit
barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg -
Verkehrsanlagenplanung

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU)
(Sektorenverordnung)

Teilnahmewettbewerb

AUFTRAGGEBER

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Möhlstraße 27, 68165 Mannheim, Deutschland

10.09.2025

Inhaltsverzeichnis

Teilnahmeunterlagen.....	1
Veröffentlichungstexte Teilnahmewettbewerb.....	1
.....	3
Verfahrensinformation	3
Verfahrensbrief TW.pdf	3
261-24-EK2_Wertung_Mehreignung.....	16
Erfüllungsliste	16
RNV_Datenschutzinformation	17
Auszufüllende Formulare	23
Teilnahmeantrag_Bewerbungsbogen	23
B.I.1. - Bewerbergemeinschaftserklärung	25
B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen	32
B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe.....	33
B.IX.1. -Verpflichtungserklärung qualifizierten NU	38
LTMG - Baden-Württemberg.....	40
Merkblatt über die Abgabe der Verpflichtungserklärung	40
Verpflichtungserklärung Arbeitnehmer-Entsendegesetz.pdf	49
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt	51
Besondere Vertragsbedingungen.....	53
Russland-Sanktionen	57
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung	57
Rundschreiben_2022-04-14_BWI7_70904_21_Sanktionen	59
I. EU-Sanktionen gegen Russland	59
II. Verbot der Auftragsvergabe	59
III. Fortführung bestehender Verträge	60
IV. Ausnahmen	60
V. Zuwendungsbau	61
VI. Inkrafttreten	61
Leistungsbeschreibung/Vertragsgrundlagen (informativ).....	62
H027_Planung_Leistungsbeschreibung.....	62
261-24-EK2_Vertragsbedinungen.....	80
AGB Architekten- und Ingenieurleistungen_Januar 2024	89
Anlage Merkblatt Elektronische Rechnung	95
AnschreibenPDF Rechnung.....	95
Anforderungen PDF-Rechnung.....	96
Eignungskriterien.....	98
Anlagen	118

Verfahren: 261-24-EK2 - Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	261-24-EK2
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung
Auftragsbeschreibung	Vergabegegenstand sind Planungsleistungen der Leistungsphase 1 bis 2 zum Teil, sowie 3 bis 4, optional 5 bis 7 für Verkehrsanlagen Straßenbahn sowie Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 bis 2, sowie optional 3 bis 5 und optional 6 bis 7 zum kommunalen Straßenbau für die Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg. Der Auftrag gliedert sich in Maßnahmen zur Planung von Schiene und Straße. Des Weiteren ist die Bauvermessung Vergabegegenstand.

VERFAHREN

Auftraggeber	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	69120 Heidelberg
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU) (Sektorenverordnung)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein																						
Art der losweisen Vergabe																							
Höchstzahl der Lose pro Angebot																							
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 50%: 50%																						
	Optionale Positionen werden in den Angebotspreis eingerechnet.																						
Klassifizierungen	<table> <tr> <th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr> <tr> <td>71240000-2</td><td>Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen</td></tr> <tr> <td>71242000-6</td><td>Entwurf und Gestaltung, Kostenschätzung</td></tr> <tr> <td>71243000-3</td><td>Planentwürfe (Systeme und Integration)</td></tr> <tr> <td>71244000-0</td><td>Kalkulation und Überwachung der Kosten</td></tr> <tr> <td>71245000-7</td><td>Genehmigungsvorlagen, Konstruktionszeichnungen und Spezifikationen</td></tr> <tr> <td>71246000-4</td><td>Festlegung und Aufstellung der für den Bau benötigten Mengen</td></tr> <tr> <td>71250000-5</td><td>Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste</td></tr> <tr> <td>71300000-1</td><td>Dienstleistungen von Ingenieurbüros</td></tr> <tr> <td>71320000-7</td><td>Planungsleistungen im Bauwesen</td></tr> <tr> <td>71322500-6</td><td>Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen</td></tr> </table>	Code	Bezeichnung	71240000-2	Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen	71242000-6	Entwurf und Gestaltung, Kostenschätzung	71243000-3	Planentwürfe (Systeme und Integration)	71244000-0	Kalkulation und Überwachung der Kosten	71245000-7	Genehmigungsvorlagen, Konstruktionszeichnungen und Spezifikationen	71246000-4	Festlegung und Aufstellung der für den Bau benötigten Mengen	71250000-5	Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste	71300000-1	Dienstleistungen von Ingenieurbüros	71320000-7	Planungsleistungen im Bauwesen	71322500-6	Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen
Code	Bezeichnung																						
71240000-2	Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen																						
71242000-6	Entwurf und Gestaltung, Kostenschätzung																						
71243000-3	Planentwürfe (Systeme und Integration)																						
71244000-0	Kalkulation und Überwachung der Kosten																						
71245000-7	Genehmigungsvorlagen, Konstruktionszeichnungen und Spezifikationen																						
71246000-4	Festlegung und Aufstellung der für den Bau benötigten Mengen																						
71250000-5	Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste																						
71300000-1	Dienstleistungen von Ingenieurbüros																						
71320000-7	Planungsleistungen im Bauwesen																						
71322500-6	Technische Planungsleistungen für Verkehrsanlagen																						

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Bestellung
-------------	------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	12.09.2025

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	
Frist Bieterfragen	02.10.2025 12:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	
Versand Vorabinformation	

AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.01.2026
Ende	31.12.2029
Anmerkungen	Leistungsbeginn unverzüglich nach Auftragsvergabe.

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 02.10.2025 12:00 Uhr eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_off Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
 [261-24-EK2]

Verfahrensbrief

1 Übersicht

1.1 Ziel Verfahrensbrief

Mit diesem Verfahrensbrief möchte die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“ oder „Auftraggeber“) den Ablauf des Verfahrens über die Beschaffung von [Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung] beschreiben.

1.2 Verfahrensablauf

- ☐ offenes Verfahren
- ☐ nicht offenes Verfahren
- ☒ Verhandlungsverfahren
- ☐ Wettbewerblicher Dialog
- ☐ öffentliche Ausschreibung

1.3 Zeitplan

Der vorläufige Terminplan für das weitere Vergabeverfahren sieht wie folgt aus:

Termin	Verfahrensschritt
16.10.2025, 10.00 Uhr	Abgabefrist Teilnahmewettbewerb
02.10.2025, 12.00 Uhr	[Frist für Stellung von Fragen zum Teilnahmewettbewerb
KW 45/2025	[geplante Aufforderung zur Angebotsabgabe
KW 48/2025	[geplante Angebotsabgabefrist
KW 49+50//2025	[geplante Verhandlungsgespräche
KW 3/2026	[geplante Zuschlagserteilung

Die rnv behält sich Terminänderungen ausdrücklich vor. Der Zeitplan ist nur indikativ

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
[261-24-EK2]

1.4 Anwendbares Recht

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit vorherigem Teilnahmewettbewerb nach der Sektorenverordnung (SektVO) und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) durchgeführt.

1.5 Vergabegegenstand

Vergabegegenstand sind Planungsleistungen der Leistungsphase 1 bis 2 zum Teil, sowie 3 bis 4, optional 5 bis 7 für Verkehrsanlagen Straßenbahn sowie Planungsleistungen der Leistungsphasen 1 bis 2, sowie optional 3 bis 5 und optional 6 bis 7 zum kommunalen Straßenbau für die Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg. Der Auftrag gliedert sich in Maßnahmen zur Planung von Schiene und Straße.

Des Weiteren ist die Bauvermessung Vergabegegenstand.

Nähere Details sind in der Anlage „Leistungsbeschreibung“ zu finden.

2 Verfahrensbedingungen

2.1. Auftraggeber

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Möhlstraße 27

68165 Mannheim

2.2 Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabeplattform [Deutsche eVergabe https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off]. Jeder Bewerber ist verpflichtet, sich über die Vergabeplattform [Deutsche eVergabe, https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off] regelmäßig und selbstständig über zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bewerberfragen zu informieren.

Teilnahmeanträge sind ausschließlich in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter [Deutsche eVergabe https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off] einzureichen.

Änderungen an den vorformulierten Texten der Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führen. Etwaige Änderungen an den Eintragungen des Bewerbers müssen zweifelsfrei und dokumentenecht sein.

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
[261-24-EK2]

2.3 Vertraulichkeit

2.3.1 Verwendung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen der rnv dürfen nur zur Erstellung des Angebots und zur Erfüllung des evtl. folgenden Auftrags verwendet werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Verwendung für andere Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Zustimmung der rnv untersagt.

2.3.2 Verschwiegenheit

Jeder Bewerber/Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Sache befassten Mitarbeiter zu verpflichten.

2.4 Eignungsnachweise

2.4.1. Hinweispflicht der Bewerber und Fragefrist

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber die rnv unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Fragen zu der Bekanntmachung und den übersandten Unterlagen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum

[02.10.2025, 12.00 Uhr]

über die Vergabeplattform [Deutsche eVergabe, https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off] zu stellen.

Verspätet eingehende Bewerberfragen können ggf. nicht mehr rechtzeitig beantwortet werden.

Die Beantwortung von Fragen der Bewerber und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen ausschließlich über die Vergabeplattform [Deutsche eVergabe, https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off]. Eine Registrierung ist zur aktiven Teilnahme an der Kommunikation, sowie auch zur Abgabe des Teilnahmeantrags erforderlich. Sämtliche Bewerberfragen- und antworten (Bieterinformationen) werden regelmäßig als Bestandteil der Vergabeunterlagen über die Vergabeplattform auch nicht registrierten Interessenten zur Verfügung gestellt.

Die Bewerber sind aufgefordert, keine Informationen bei anderen Vertretern der rnv, deren Mitarbeitern oder Mitarbeitern von Drittfirmen oder Beratern einzuholen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann zum Ausschluss des Bewerbers führen.

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
[261-24-EK2]

2.4.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden grundsätzlich vom Verfahren ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Der Geheimwettbewerb ist in jeder Phase des Vergabeverfahrens zu gewährleisten. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Mehrfachbeteiligungen am Vergabeverfahren zur Verletzung des Geheimwettbewerbs und damit zum Angebotsausschluss führen können.

Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass die Bildung von Bietergemeinschaften nach § 1 GWB zu verbotenen Einschränkungen oder Verfälschungen des Wettbewerbs führen kann.

2.4.3 Form und Frist Einreichung Teilnahmeanträge

Die Teilnahmeanträge sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter [Deutsche eVergabe, https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off] |

bis zum **16.10.2025, 10.00 Uhr**] einzureichen.

Teilnahmeanträge, die nicht innerhalb der Einreichungsfrist oder nicht über die für die Abgabe von Teilnahmeanträgen vorgesehene Funktion der Vergabeplattform übermittelt werden, werden aus formalen Gründen von dem weiteren Verfahren ausgeschlossen. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Teilnahmeanträgen bleibt davon unberührt.

2.4.4 Bewerber- / Bietergemeinschaften (Änderungen in der Zusammensetzung)

Im Falle der Bewerbung durch eine Bewerbergemeinschaft muss jedes Bewerbergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bewerbergemeinschaftserklärung mit dem Teilnahmeantrag einreichen (Formblatt B.I. [1]).

Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bewerber-/Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig.

2.4.5 Unterauftragnehmer/Eignungsleihe

Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will. Entsprechende Nachweise sind für das andere Unternehmen in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären.

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
[261-24-EK2]

Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden (Formblatt B.IX. [1]).

Im Rahmen der Eignungsprüfung wird der Auftraggeber prüfen, ob das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe, insbesondere zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB, vorliegen. Hierfür muss der Bewerber durch das Unternehmen Formblatt B.IV. [1] ausfüllen lassen und mit dem Teilnahmeantrag einreichen. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB bei dem vom Bewerber benannten Unternehmen vorliegt oder das Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium, für das es benannt wurde, nicht erfüllt, wird der Auftraggeber dem Bewerber gemäß § 47 Abs. 2 SektVO vorschreiben, das Unternehmen zu ersetzen. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt, wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob der Bewerber das Unternehmen ersetzen muss. Für die Aufforderung zur Ersetzung eines benannten Unternehmens wird die rnv den Bewerbern eine Frist setzen.

Im Übrigen ist der Austausch eines einmal benannten anderen Unternehmens zu einem späteren Zeitpunkt grundsätzlich unzulässig.

Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

2.4.6 Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge

Die Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge erfolgt nach den einschlägigen Vorschriften der Sektorenverordnung (SektVO) und des GWB]. Der Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge wird folgendes System zugrunde gelegt:

Der Auftraggeber wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge auf Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit prüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass Teilnahmeanträge unvollständig oder fehlerhaft sind, kann der Auftraggeber den Bewerber im Rahmen des rechtlich Zulässigen nach pflichtgemäßem Ermessen unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Angaben, Erklärungen und Nachweise innerhalb einer für alle Bewerber einheitlichen Nachfrist nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren. Dieses Recht zur Nachforderung begründet indes keine Verantwortung des Auftraggebers für die Vollständigkeit der Teilnahmeanträge. Haftungsansprüche aus einer fahrlässig versäumten Nachforderung von Unterlagen sind ausgeschlossen. Jeder Bewerber bleibt für den Nachweis seiner Eignung und die Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit seines Teilnahmeantrages allein verantwortlich.

2.4.7 Anfordern zusätzlicher Unterlagen

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bewerbern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der mit den Teilnahmeanträgen eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweisen anzufordern.

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
[261-24-EK2]

2.4.8 Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen und Selbstreinigung

Darauf erfolgt eine Prüfung der Teilnahmeanträge auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bewerbers erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB. Davon kann gegebenenfalls unter den in § 123 Abs. 4 S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen, bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), nach § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), nach § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und gegebenenfalls unter den in §§ 125 und 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

2.4.9 Prüfung Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit

Darauf folgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Bewerber eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

Der Bewerber muss je nach Rechtsvorschriften des Staates, in dem er niedergelassen ist, die Eintragung in einem Berufs- und Handelsregister dieses Staates durch einen entsprechenden Nachweis nachweisen.

Sofern der Bewerber nach den Rechtsvorschriften seines Niederlassungsmitgliedstaats nicht zur Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister verpflichtet ist, hat er dies in seinem Teilnahmeantrag anzugeben.

Ferner muss der Bewerber wirtschaftlich und finanziell leistungsfähig sein. Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit ist als gewährleistet anzusehen, wenn nach der Einschätzung des Auftraggebers anzunehmen ist, dass der Bewerber über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten verfügt, um seine laufenden finanziellen Verpflichtungen unter Einschluss derjenigen aus dem hiesigen Auftrag zu erfüllen. Eine entsprechende Eigenerklärung hat der Bewerber auf der Vergabeplattform abzugeben.

Zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit hat der Bewerber auf der Vergabeplattform Angaben zu den Unternehmensumsätzen insgesamt sowie zu den Umsätzen zu den aus dem mit dem ausgeschriebenen Auftrag vergleichbaren Verkehrsanlagenplanungen der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2022-2024) zu machen.

Schließlich muss der Bewerber zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche aus diesem Auftrag spätestens unverzüglich nach Zuschlagserteilung über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, die über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht erhalten bleiben muss.

Die Deckungssumme dieser Versicherung muss je Schadensfall mindestens betragen:

- Für Personenschäden: 2 Mio. Euro
- Für Sach- und Vermögensschäden: 3 Mio. Euro.

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
 [261-24-EK2]

Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen. Die Versicherung muss eine Nachhaftungsfrist von mindestens 5 Jahren aufweisen. Diese gilt auch für den Todesfall des Versicherungsnehmers sowie die Liquidation/Insolvenz des Auftragnehmers.

Zum Nachweis, dass die oben genannte beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bewerber eine entsprechende Eigenerklärung ab und reicht den entsprechenden Nachweis ein.

2.4.10 Auswahl und Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber

Sollten danach mehr als 3 Bewerber oder Bewerbergemeinschaften geeignet sein, wird der Auftraggeber die geeigneten Bewerber/Bewerbergemeinschaften hinsichtlich des Grades ihrer Eignung bewerten. Für diese vergleichende Wertung sind [die von dem Bewerber genannten Referenzen sowie die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre sowie dessen Umsatz vergleichbarer Leistungen] maßgeblich. Die Bewertung erfolgt gemäß der Anlage „Wertung_Mehreignung“.

Der Auftraggeber fordert [maximal drei] Bewerber zur Angebotsabgabe auf. Besteht zwischen zwei Bewerbern auf den Plätzen 1 bis 4 Punktgleichstand, so fordert der Auftraggeber maximal 4 Bewerber zur Angebotsabgabe auf. Sollten weniger als drei Bewerber nach der Eignungsprüfung geeignet sein, so kann der Auftraggeber auch weniger als drei Bewerber zur Angebotsabgabe auffordern.

Die Auswahl der Bewerber erfolgt in diesem Fall auf der Grundlage der Rangfolge, die sich aus der differenzierenden Wertung gemäß den o.g. Regelungen ergibt.

Sollte Gleichstand bestehen, so entscheidet das Los.

2.4.11 Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für Erstellung der Bewerbungs- und Angebotsunterlagen und die Teilnahme an diesem Verfahren werden Kosten nicht erstattet und Entschädigungen nicht gewährt.

3 Angebote

Die Zuschlagskriterien zur Ermittlung des wirtschaftlichen Angebotes werden wie folgt angewendet:

Gewichtung	Zuschlagskriterium	Unterkriterium
50 %	Fiktiver Wertungspreis (Angebotspreis inkl. aller Optionen)	

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
 [261-24-EK2]

30 %	Konzept und Qualität der Projektabwicklung	Beschreibung der Herangehensweise an die Projektaufgabe anhand eines Referenzprojektes (10%)
		Beschreibung der Herangehensweise zur Risikominimierung von Konflikten mit Projekt „Neuenheimer Feld“. (5 %)
		Darstellung der vorgesehenen Organisation der Zusammenarbeit im Projektteam und mit dem Auftraggeber. (5%)
		Entwurf eines Rahmenterminplanes (5%)
		Darstellung des vorgesehenen Termin- und Kostenmanagementsystems (5%)
10 %	Personalkonzept	
10%	Verfügbarkeit vor Ort	Darstellung der Sicherstellung der kurzfristigen Verfügbarkeit vor Ort (2,5%)
		Angaben zu Reaktionszeiten (2,5%)
		Umgang mit Leistungsstörungen/-verzögerungen (5%)

Die vollständige Beschreibung und Definition von Unterkriterien sowie deren Wertung wird mit der Angebotsaufforderung versandt.

4 Rügepflicht und Nachprüfung

4.1 Zulässigkeit Nachprüfungsantrag

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
[261-24-EK2]

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

4.2 Vergabekammer

Der Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an folgende Stelle wenden:

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Durlacher Allee 3

76137 Karlsruhe

Tel: 0721 / 926-873 0

Fax: 0721 / 926-398 5

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Internet: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/abt1/ref15/>]

4.3 Rechtsgrundlagen

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u.a. die folgenden Regelungen des GWB:

§ 134 Informations- und Wartepflicht

(1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

(2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
[261-24-EK2]

gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnete geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lautereren Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.

§ 135 Unwirksamkeit

(1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber

1. gegen § 134 verstoßen hat oder

2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

(2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

(3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn

1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zulässig ist,

2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und

3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.

Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

§ 160 Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
[261-24-EK2]

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

4.4 Weiterleitung von Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Teilnahmeanträge und Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse des Bewerbers oder Bieters, bereits mit der Abgabe des Teilnahmeantrags oder Angebotes eine entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

4.5 Datenschutz

Die Vergabestelle nimmt den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten sehr ernst und bewahrt grundsätzlich Verschwiegenheit über die ihr bei ihrer Aufgabenwahrnehmung bekannt gewordenen Angelegenheiten.

Bei der Durchführung von Vergabeverfahren verarbeitet die Vergabestelle Daten von Ihnen oder Ihren Mitarbeitern. Mit diesen Datenschutzhinweisen möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer Daten informieren.

1. Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten:
Durchführung eines Vergabeverfahrens, Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c i.V.m. Artikel 6 Absatz 3 DSGVO und §§ 97ff des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

2. Empfänger von personenbezogenen Daten:
Die Vergabestelle ist die zentrale Stelle, bei der alle Angebote und Teilnahmeanträge europaweiter Ausschreibungen eingehen. Diese Angebote und Teilnahmeanträge enthalten regelmäßig personenbezogene Daten, wie z.B. Referenzen, berufliche Qualifikationen des vom Bieter bzw. Bewerber zur Leistungserbringung vorgeschlagenen Personals etc., die zur

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
[261-24-EK2]

Auswertung und Begründung der Auswahl und Zuschlagsentscheidungen benötigt werden. Diese Auswertung erfolgt in den Fachbereichen, die Bedarfsträger sind. Der Kreis der Personen, die Einblick in diese Unterlagen erhalten, ist auf den Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschränkt, die zur Auswertung der Unterlagen zwingend erforderlich sind. Die Vergabestelle ist nach § 19 Absatz 4 Mindestlohngesetz, § 21 Absatz 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 21 Absatz 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz verpflichtet, bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung anzufordern.

Nach § 134 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen informiert die Vergabestelle die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Nach § 62 Absatz 1 Satz 1 Vergabeverordnung teilt die Vergabestelle jedem Bewerber und jedem Bieter unverzüglich seine Entscheidungen über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung, die Zuschlagserteilung oder die Zulassung zur Teilnahme an einem dynamischen Beschaffungssystem mit.

Nach § 62 Absatz 2 Nummer 3 Vergabeverordnung unterrichtet die Vergabestelle auf Verlangen des Bieters unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang des Antrags in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs jeden Bieter über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters.

Nach § 39 Absatz 1 Vergabeverordnung übermittelt die Vergabestelle spätestens 30 Tage nach der Vergabe eines öffentlichen Auftrags oder nach dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung eine Vergabebekanntmachung mit den Ergebnissen des Vergabeverfahrens an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. Hier werden auch Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde, veröffentlicht.

Im Falle der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer hat die Vergabestelle nach § 163 Absatz 2 Satz 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Vergabeakten der Kammer sofort zur Verfügung zu stellen. Dies gilt auch für das Verfahren der sofortigen Beschwerde vor dem zuständigen Oberlandesgericht nach § 171 GWB. In diesen Verfahren werden personenbezogene Daten ggf. auch an andere Verfahrensbeteiligte weitergegeben.

3. Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener Daten:

Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die haushalts- und vergaberechtlichen Aufbewahrungsfristen; die Vergabestelle speichert die eingegangenen Teilnahmeanträge und Angebote nicht länger als 10 Jahre.

4. Rechte der betroffenen Personen:


Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die den Bewerber/ Bieter betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind. Unvollständige Daten können vervollständigt werden. Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Anspruch hängt jedoch u.a. davon ab, ob die Daten zur Erfüllung der Aufgaben noch benötigt werden (siehe oben Dauer der Speicherung).

Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten des Bewerbers/ Bieters zu verlangen.

Es besteht ein Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Bewerbers/ Bieters ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht.

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
[261-24-EK2]

Vergabeverfahren: 261-24-EK2 Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung						
Dokument: Liste der Erfüllung der Mehreignung des Teilnahmewettbewerbs zur Reduzierung der Bewerberzahl						
Bieter: <div style="border: 1px solid black; height: 20px; width: 100%;"></div>						
					0	
Referenz 1A				In referenzierten Projekten, die über die Mindestanforderungen hinausgehen, wurden die nachfolgenden Anforderungen (keine Mindestanforderungen) erfolgreich realisiert (max. 3 weitere Projekte):		
				Realisierung Anforderungen eines Planungsauftrages mit:		
				mehr als 10 Mio Euro Projektvolumen (Netto)		1 Punkt bis 12,5 Mio. / 2 Punkte bis 15 Mio. / 3 Punkte über 15 Mio. Euro
				gewertet wird das durchschnittliche Projektvolumen aller eingereichten Referenzen		
				mindestens 2 oder mehr Haltestellen in einem Projekt		pro weiterer Haltestelle 1 Punkt, Mittelwerte mit Kommazahlen, werden rechnerisch ab ,5 hochgerundet und bis ,4 abgerundet
				gewertet wird die durchschnittliche Anzahl der geplanten Haltestellen aller eingereichten Referenzen		
Umsatz vergleichbarer Leistungen				Umsatzangabe Netto vergleichbarer Verkehrsanlagenplanungen der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre		Bis 250.000 Euro 1 Punkt, bis 500.000 Euro 2 Punkte, bis 1 Mio. Euro und mehr 3 Punkte Die durchschnittliche erreichte Punktzahl der letzten 3 Jahre fließt in die Wertung ein.
				2022		
				2023		
				2024		
Mehr Mitarbeiter				Anzahl der technischen Mitarbeiter (Ingenieure)		6-10: 1 Punkt / 11-20: 2 Punkte / 21 und mehr 3 Punkte Die durchschnittliche erreichte Punktzahl der letzten 3 Jahre fließt in die Wertung ein.
				2022		
				2023		
				2024		

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zur/ zum **[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]** bei der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim
Tel.: 0621-465-0
E-Mail: kundenservice@rnv-online.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH
Herr Mentges
Marienburgstraße 27
64297 Darmstadt
Tel.: 06154-57605 111
E-Mail: datenschutz@ctm-com.de oder datenschutz@rnv-online.de

3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftseien) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe-grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbin-

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

derung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GWB**“) zur Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen:

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen,

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbe-

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

wahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags).

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genannten Fällen eingeschränkt.

d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstraße 10a
70173 Stuttgart
Tel: 0711 61 55 41-0
E-Mail: poststelle@fdi.bwl.de

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
[261-24-EK2]

B E W E R B U N G S B O G E N

TEILNAHMEANTRAG

zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren nach § 15 SektVO

Die folgenden Angaben zur Bewerbung erfolgen als:

☐ Einzelbewerber

☐ Bewerbungsgemeinschaft

☐ für das federführende Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft

☐ für ein weiteres Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft

Name und Anschrift des Bewerbers/der Bewerbungsgemeinschaft

Ich / wir bewerbe(n) mich / uns hiermit um die Teilnahme am Verhandlungsverfahren zur Vergabe der ausgeschriebenen Leistungen. Die geforderten Erklärungen wurden von mir / uns abgegeben und an entsprechender Stelle rechtsverbindlich erklärt. Die erforderlichen Nachweise liegen vollständig bei.

¹ Die Bewerber haben zwingend diesen Bewerbungsbogen für die Erstellung Ihres Teilnahmeantrags zu verwenden. Teilnahmeanträge, die nicht unter Verwendung des Bewerbungsbogens abgegeben werden, werden von dem Verfahren ausgeschlossen.

² Bei Bewerbungsgemeinschaften ist für jedes Mitglied ein Bewerbungsbogen inklusive aller entsprechenden Nachweise und Erklärungen einzureichen. Die Erklärungen zur wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden kumulativ betrachtet. Davon ausgenommen ist der Nachweis einer entsprechenden Berufshaftpflichtversicherungsdeckung. Dieser ist für jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft zu führen.

Dies gilt auch für Nachunternehmer, wenn sich der Bewerber bzw. die Bewerbungsgemeinschaft zum Nachweis seiner bzw. ihrer Eignung des Nachunternehmers bedient (Eignungsleihe). Die Angaben von Nachunternehmer werden in diesem Fall nur berücksichtigt, wenn der jeweilige Nachauftragnehmer mit dem Teilnahmeantrag eine entsprechende Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer abgibt. Die Vorgaben für Nachunternehmer gelten in gleichem Maße wie für verbundene Unternehmen.

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
 [261-24-EK2]

1. Anlagenverzeichnis / Einzureichende Unterlagen

B.I.1. - Bewerbergemeinschaftserklärung	Nur im Falle einer Bewerbergemeinschaft
B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen	
B.IB.1 – Eigenerklärung Ausschlussgründe	Nur im Falle einer Bewerbergemeinschaft oder Eignungsleihe*
B.IX.1 – Verpflichtungserklärung qualifizierten NU	Nur im Falle einer Eignungsleihe
Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe von mind. 5 Mio. Euro für Personen-, Sach- und Vermögensschäden oder schriftliche Erklärung seiner Versicherung, dass eine entsprechende Versicherung im Auftragsfalle abgeschlossen wird.	
Aktueller Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate)	
Verpflichtungserklärung Arbeitnehmer-Entsendegesetz	
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt	
Eigenerklärung zu EU-Russlandsanktionen	
Diverse Angaben direkt auf der Vergabeplattform unter „Eignungskriterien“	

**Der Bewerber, welcher den Teilnahmeantrag über die Vergabeplattform abgibt, hat die Angaben auf der Plattform direkt einzutragen.*

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

(Name des Ausstellers dieser Erklärung) für (Firmenname und Rechtsform)

Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung

261-24-EK2

Allgemeine Angaben zu den Unternehmen einer Bewerbungsgemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bewerbungsgemeinschaft

Name des geschäftsführenden Unternehmens		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung

261-24-EK2

Name des Bewerbungsgemeinschaftsmitglieds [1]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung

261-24-EK2

Name des Bewerbungsgemeinschaftsmitglieds [2]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung

261-24-EK2

Name des Bewerbungsgemeinschaftsmitglieds [3]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung

261-24-EK2

erklären, uns im Falle der Angebotsaufforderung zu einer Bewerbergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären weiterhin, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen die Bewerbergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dies schließt die Abgabe von Erklärungen im Vergabeverfahren ein – dazu gehören auch Angaben zu unserer technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit;
- alle Mitglieder im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften;
- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung Zahlungen anzunehmen.

Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung

261-24-EK2

Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i. S. d. § 1 GWB

[Aufforderung Abgabe einer Erklärung über die Gründe für die Bildung einer Bewerbergemeinschaft]

[Zu unterschreiben von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft]

[Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in der Plattform hochladen.]

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung

261-24-EK2

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung

261-24-EK2

Allgemeine Angaben zum Unternehmen eines Einzelbewerber

Name des Bewerbers		
Rechtsform		
Anschrift		
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

(Firmenname und Rechtsform)

Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung

261-24-EK2

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

**- nur im Falle einer Bietergemeinschaft oder
Eignungsleihe auszufüllen -**

Hinweis: Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:
Im Falle einer Bietergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bietergemeinschaft** ausgefüllt werden.
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bewerber (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bietergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

1. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB

Entweder:

- ☐ Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/ des Mitglieds der Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB**Enweder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

oder falls diese Erklärungen nicht abgeben werden können:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB

Enweder

- ☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befindet:
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
 - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
 - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
 - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
 - eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

4. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB**Zu § 21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)****Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

5. Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

☐ Erklärung, dass unser Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt haben.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer oder Mitgliedern einer Bergewergemeinschaft:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung

261-24-EK2

Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

Hinweis: Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will.

Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und B.VIII.1. auszufüllen.

Sofern der Bewerber mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name des qualifizierten Nachunternehmers	
Rechtsform	
Anschrift	
Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist	<input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigelegt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung.
<u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u> Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Ansprechpartner	
Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden	[ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise]

Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens

Wir verpflichten uns, dem Bewerber / der Bewerbergemeinschaft

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bewerber zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

**Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung
zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen
nach den Vorgaben
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-
Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

Dieses Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärung unterstützen.

Allgemeines

Das LTMG verpflichtet öffentliche Auftraggeber, öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten **Auftragswert von 20.000 Euro** (ohne Umsatzsteuer) nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, soweit nicht eine Tariftreueverpflichtung besteht und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist.

Die **Schätzung des Auftragswertes** richtet sich nach der Vergabeverordnung (VgV). Danach ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer einschließlich etwaiger Prämien oder sonstiger Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen. Der Wert eines beabsichtigten Auftrags darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Bestimmung zu entziehen.

Informationen zum LTMG

Beim **Regierungspräsidium Stuttgart** ist eine **Servicestelle** eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>). Die Servicestelle gibt auch Muster für die Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen bekannt. Außerdem fungiert die Service-

stelle als Geschäftsstelle des Beirats für die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge im Verkehrsbereich.

Zur Verpflichtungserklärung im Einzelnen:

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist;*
- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, und die ein Tarifentgelt auf der Grundlage des AEntG erhalten oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*

In § 3 Abs. 1 LTMG wird festgelegt, dass öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen, die vom AEntG erfasst werden, nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens das auf der Grundlage des AEntG für allgemeinverbindlich erklärte Entgelt zu zahlen. Das AEntG gilt derzeit für folgende Wirtschaftsbereiche:

- Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Elektrohandwerk, einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- Gebäudereinigung,
- Briefdienstleistungen,
- Sicherheitsdienstleistungen,
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,

- Pflegedienstleistungen
- Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Beschäftigten im jeweiligen Kalenderjahr - bezogen auf die Gesamtarbeitszeit - zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen in Zusammenhang stehen.

Möglich ist auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrags nur ein Teil der Beschäftigten des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Beschäftigten verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 4 des LTMG zu zahlende Mindestentgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen.

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z. B. folgender Internetseite der Zollverwaltung entnehmen:

<http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-AEntG-Lohnuntergrenze-AUeG/Branchen-Mindestlohn-Lohnuntergrenze/branchen-mindestlohn-lohnuntergrenze.html>.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des freigestellten Verkehrs gemäß § 1 der Freistellungs-Verordnung bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, wenn die Leistung nicht vom Anwen-

dungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst wird;

- dass mein/unser Unternehmen während der Ausführung der Leistung eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachvollzieht.

Öffentlichen Personenverkehrsdienste sind gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Dienstleistungsaufträge im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, sonstige Dienstleistungsaufträge im schienegebundenen Personenverkehr sowie Dienstleistungskonzessionen in diesen Bereichen. Dies umfasst sämtliche, insbesondere auch die nach § 13 des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Verkehrsdienstleistungen. Vom LTMG erfasst sind auch Auftragsvergaben über die nicht als öffentliche Personenverkehre geltenden Verkehrsaufträge im Sinne der Freistellungsverordnung; hierzu gehören insbesondere der freigestellte Schülerverkehr sowie der Transport von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu oder von Einrichtungen, die deren Betreuung dienen.

Sind im öffentlichen Personenverkehr mehrere Tarifverträge einschlägig, müssen Auftragnehmer ihren Beschäftigten zur Erfüllung ihrer Tariftreuepflichten insgesamt mindestens das in einem der einschlägigen und als repräsentativ festgestellten Tarifverträge vorgesehene Entgelt zahlen.

Die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Verkehrsministerium unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines mit den im betroffenen Verkehrsbereich tätigen Sozialpartnern paritätisch besetzten Beirats.

Die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrags benannt. Das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge für öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen nach § 1 Absatz 3 der Verordnung des Sozialministeriums zur Durchführung des § 3 Absatz 4 des LTMG wurde als Verwaltungsvorschrift im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht. Zugleich stellt die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtete Servicestelle das Verzeichnis und die darin enthaltenen Tarifverträge im Internet zur Verfügung (https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative_Tarifvertraege.aspx). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der

schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Grundsätzlich gilt das LTMG auch für den freigestellten Verkehr. Ob im Einzelfall bei öffentlichen Aufträgen über Verkehrsdienstleistungen für den freigestellten Verkehr Tariftreue nach den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen einzuhalten ist oder das Mindestentgelt des § 4 LTMG gilt, hängt von der jeweils ausgeschriebenen Leistung ab. Es gelten die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr, sobald der freigestellte Verkehr vom Anwendungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages umfasst wird.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von bis zu neun Personen einschließlich des Fahrzeugführers, wird der Verkehr mit Personenkraftwagen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben. Im Hinblick auf Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße, die die Beförderungen der mit Personenkraftwagen i.S.d. § 4 Abs. 4 Nr. 1 PBefG durchgeführten freigestellten Verkehre erfassen, gelten die Regelungen der WBO-Tarifwerke, soweit der jeweilige Sachverhalt von deren Geltungsbereich erfasst wird und sofern die Vergabe nach dem 1. Januar 2022 eingeleitet wurde. Ansonsten gilt für die betreffenden Verkehre zum jetzigen Zeitpunkt nur das derzeit geltende vergabespezifische Mindestentgelt.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von mehr als neun Personen einschließlich Fahrer wird der Verkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 2 PBefG betrieben. Diese Verkehre fallen unter den Anwendungsbereich der WBO-Tarifwerke.

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht*
oder
- *dass mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Diese Erklärung ist abzugeben, wenn

- Unternehmen zwar an das AEntG gebunden sind, aber ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- tarifgebundene Unternehmen im Bereich der Personenverkehrsdienste ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- es sich um sonstige Unternehmen handelt, tarifgebunden oder nicht tarifgebunden.

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 4 LTMG verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz (MiLoG) fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht. Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mir/wir uns
 - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
 - oder
 - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

§ 6 Abs. 2 LTMG verpflichtet die Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmen vorzulegen. Gleiches gilt, wenn das Unternehmen oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der vom be-

auftragten Unternehmen eingeschalteten Nachunternehmen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen kann verzichtet werden, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens **weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** beträgt. Hierfür gilt die erste Variante.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Auch wenn auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen verzichtet werden kann, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt, muss das beauftragte Unternehmen gleichwohl dafür sorgen, dass Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Pflicht zur Tariftreue- und Mindestentgeltzahlung einhalten.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

In § 7 Abs. 1 LTMG sind die Nachweispflichten der Auftragnehmer sowie ihrer Nachunternehmen und Verleihunternehmen über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Tariftreue- bzw. Mindestentgeltzahlung festgelegt.

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

Die öffentlichen Auftraggeber haben das Recht, Kontrollen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, die Einhaltung der Vorgaben durch ihre Vertragspartner durch anlass- oder stichprobenbezogene Prüfungen aufgrund der von den Unternehmen vorzulegenden Unterlagen sicherzustellen. Vorbereitend darauf haben die Unternehmen entsprechende vollständige und prüffähige Unterlagen bereitzuhalten.

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

§ 8 LTMG regelt die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer bei Verstößen.

Im Vertrag werden die Bezahlung einer Vertragsstrafe bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die §§ 3 bis 7 LTMG und die Voraussetzungen für ihre Verwirkung vereinbart. Die Vertragsstrafe beträgt ein Prozent, bei Verkehrsdienstleistungen beträgt die Vertragsstrafe bis zu einem Prozent des Auftragswerts je Verstoß. Die Obergrenze bei mehreren Verstößen beträgt innerhalb eines Auftrags fünf Prozent.

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung,
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Der öffentliche Auftraggeber kann Auftragnehmer, Nachunternehmen oder Verleihunternehmen bei ihm bekannt gewordenen schuldhaften Verstößen gegen ihre Verpflichtungen nach dem LTMG bis zu drei Jahre lang von weiteren Auftragsvergaben ausschließen. Die Entscheidung sowie die konkrete Dauer des Ausschlusses stehen

im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Auftraggebers und haben sich an den Umständen des Einzelfalls zu orientieren. Selbstreinigende Maßnahmen der Unternehmen (z. B. arbeitsrechtliche Maßnahmen) werden angemessen berücksichtigt.

- *dass der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Der öffentliche Auftraggeber kann als weitere Sanktion fristlos kündigen, wenn dies vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Abs. 2 LTMG).

- *dass der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.*

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung bei entsprechenden Verstößen zu informieren.

Sie erhalten weitere Informationen auf der Internetseite der Servicestelle unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx> oder über den Quick-Link (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Verpflichtungserklärung
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
 - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

 Ort, Datum

 Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

 Ort, Datum

 Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

 Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind

und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

Ort, Datum

Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

1. Mindestentgelte

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben

des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

2. Nachunternehmen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

3. Kontrolle

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

4. Sanktionen

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.

(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18
10117 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin
Tel +49 30 18 681-16882
Fax +49 30 18 681-516882
BW17@bmi.bund.de
www.bmwsb.bund.de

Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576

BW17-70409/2#1

Berlin, 14. April 2022

Seite 1 von 3

I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen
Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022
Formblatt für Eigenerklärungen

Leistungsbeschreibung

Planungsleistungen Verkehrsanlagen Schiene Lph. 1 bis 4 (optional 5 bis 7 und Vermessungsleistungen)

Planungsleistungen Verkehrsanlagen Straße Lph. 1 und 2 (optional 3 bis 8)

Erneuerung der Berliner Straße

Gleis- und Straßenbau

**mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen
in Heidelberg**

Inhalt

1. Bestehende Situation und Beschreibung der Maßnahme	3
2. Angebotsgrundlagen	6
3. Inhalt des Angebotes	6
4. Vertragsgrundlagen	6
5. Leistungen des Auftragnehmers	7
6. Termine	16
7. Honorarermittlung	16
8. Anlagen/Unterlagen	17

1. Bestehende Situation und Beschreibung der Maßnahme

Bestehende Situation

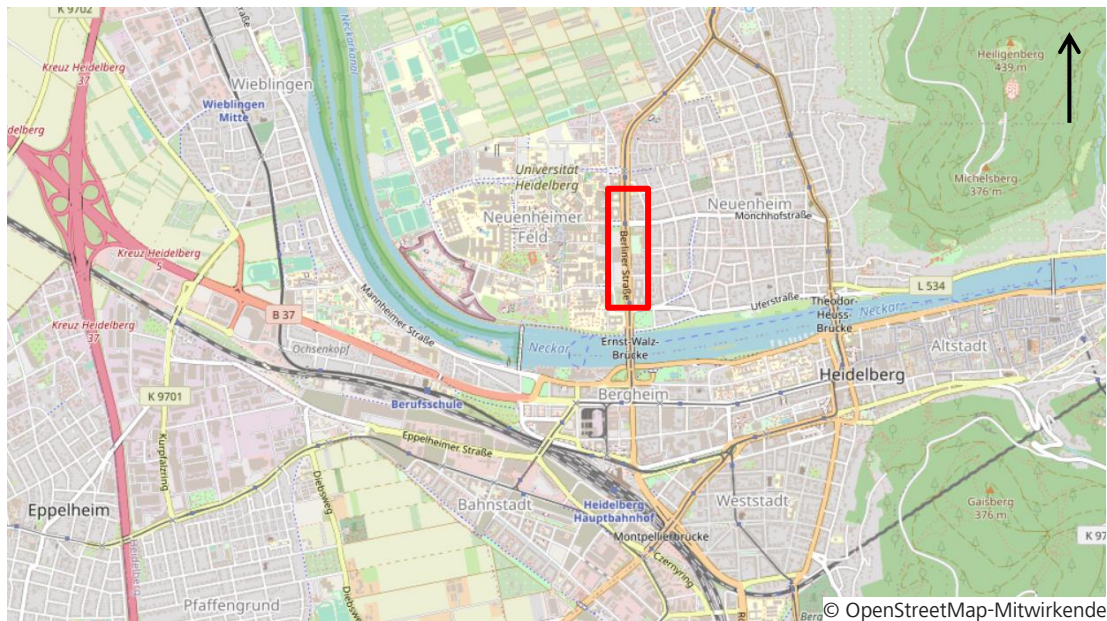


Abbildung 1: Lage der Berliner Straße in Heidelberg



Abbildung 2: Fotos des Bestands (v. l.: Bunsengymnasium Blick Ri. Süden; Jahnstraße; Bunsengymnasium Blick Ri. Norden)



Abbildung 3: Orthophoto mit Planungsgebiet

Die Berliner Straße verläuft in Nord-Süd-Richtung als Grenze zwischen dem Stadtteil Neuenheim und dem Neuenheimer Feld in Heidelberg. Die Straßenbahnstrecke verläuft in Mittellage zwischen den beiden jeweils mind. zweistreifigen Richtungsfahrbahnen. Das Neuenheimer Feld, das auf der westlichen Seite unmittelbar an die Berliner Straße angrenzt, ist ein Universitätsstandort. Zu diesem Gelände wurde das Masterplanverfahren Neuenheimer Feld/Neckarbogen durchgeführt, an dessen Umsetzung gearbeitet wird.

Diese Schnittstelle ist auf der gesamten Länge des Planungsgebiets zu berücksichtigen. Dies betrifft insbesondere Wechselwirkungen zu den Knotenpunkten, Geh- und Radwegführung sowie Gebäuden.

Auf der etwa 700 m langen Strecke gibt es die zwei Haltestellen Bunsengymnasium und Jahnstraße. Beide Haltestellen sind nicht barrierefrei ausgebaut und entsprechen (teilweise) nicht den betrieblichen Anforderungen.

In diesem Bereich befindet sich die Gleisanlage der Straßenbahn (zweigleisig) im eigenen Bahnkörper in Mittellage der Berliner Straße (zwischen den Richtungsfahrbahnen). Die Strecke wird zurzeit planmäßig von den Linien 21 und 24, jeweils im Zehn-Minuten-Takt, befahren. Bei Störungen dient die Berliner Straße auch als Umleitungsstrecke für die Linien 5 und 26, die ebenfalls jeweils im Zehn-Minuten-Takt verkehren.

Zwischen der Haltestelle Technologiepark und dem Bunsengymnasium (Mönchhofstraße) ist die Gleisanlage mit Gleispflaster eingedeckt. Hier erfolgt in Fahrtrichtung Norden auch eine Mitbenutzung der Strecke durch den Bus. Im Abschnitt zwischen den Haltestellen Bunsengymnasium und Jahnstraße ist die Gleisanlage als Schottergleis ausgeführt.

Im Abschnitt zwischen den Haltestellen Technologiepark und Bunsengymnasium ist die Mitbenutzung durch den Bus nur in Richtung Norden möglich. Die Bahntrasse ist für den Bus durch die Einfädelung nördlich der Haltestelle Bunsengymnasium zu erreichen. In Richtung Süden findet keine Mitbenutzung der Gleistrasse statt.

Im Bereich der Haltestelle Technologiepark gibt es einen doppelten Gleiswechsel für das vorzeitige Wenden der Straßenbahnen.

Auf der gesamten Streckenlänge gibt es eine Hochkettenfahrlleitung an Mittelmasten.

Der Individualverkehr wird in dem ca. 700 m langen Abschnitt zwischen Technologiepark, Bunsengymnasium und Jahnstraße über je zwei Richtungsfahrbahnen, die durch die Gleisanlage getrennt sind, geführt. Im Plangebiet hat die Berliner Straße zwei signalisierte Knotenpunkte (Im Neuenheimer Feld/Mönchhofstraße und Jahnstraße). An den Knotenpunktzufahrten gibt es meist drei Fahrstreifen. Für den Fuß- und Radverkehr gibt es eine getrennte Verkehrsanlage (getrennter Geh- und Radweg) auf beiden Seiten der Fahrbahn der Berliner Straße. Zwischen Geh- und Radweg stehen punktuell Großbäume (stadtbildprägende Platanen). Die Platanen werfen durch ihr Wurzelwerk den Belag deutlich auf. Parkplätze sind im öffentlichen Raum nicht vorhanden. Die Nutzungsintensität der Seitenräume im Zuge der Rad-/Gehwege ist sehr ausgeprägt.

Im Rahmen der Planung ist zu prüfen, inwieweit das Geh- und speziell das Radverkehrsangebot unter Berücksichtigung der Platanenstandorte signifikant verbessert werden kann. Dies kann ggf. anstatt anderer Nutzungen vorgesehen werden.

Im vorgegebenen Abschnitt sind signalisierte Fußgängerquerungen vorhanden. Im Rahmen der Planung sind die Wegebeziehungen der Fußgänger und an geeigneter Stelle ggf. weitere gesicherte Fußgängerquerungen zu prüfen, insbesondere im direkten räumlichen Zusammenhang mit den Haltestellen. Der baulich angelegte Radweg entspricht nicht mehr dem Regelwerk und muss verbreitert werden.

Die Kreuzung Berliner Straße/Jahnstraße bildet den südlichen Eingang in das Uniklinikum von Heidelberg und hat somit stadträumlich eine große Bedeutung. Hier ist zu prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, diese Funktion stadtgestalterisch zu würdigen. Der bestehende Querschnitt schränkt die planerischen Möglichkeiten ein. Die verkehrlichen, städtebaulichen, stadtgestalterischen und freiraumplanerischen Anforderungen gilt es, miteinander in Einklang zu bringen. Eine gute Abwägung ist daher Grundvoraussetzung für ein schlüssiges Gesamtkonzept.

Die Kreuzung Berliner Straße/Mönchhofstraße stellt eine wichtige Ost-West-Verbindung in den Campus für Fußgänger und Radfahrende dar.

Planerische Beschreibung der Maßnahme – Schiene

Anlass und Problemstellung ist u. a. der altersbedingte Zustand der vorhandenen Gleisanlage. Diese hat ihre Verschleißgrenze erreicht und muss erneuert werden.

Die zwei Haltestellen Bunsengymnasium und Jahnstraße sollen nach den geltenden Regeln barrierefrei ausgebaut werden. Das bedeutet u. a., dass die Bahnsteige auf einer Nutzlänge von 60 m zzgl. Rampen und Aufstellflächen für Querungen und einer Breite von mind. 3 m eine Höhe von 30 cm über Schienenoberkante haben sollen, damit ein stufenloser Ein- und Ausstieg gewährleistet werden kann. Die Bahnsteige sollen nach rnv-Standard ausgestattet werden.

Der bestehende Gleiswechsel im Bereich der Haltestelle Technologiepark muss im Rahmen eines späteren barrierefreien Ausbaus der Haltestelle zurück gebaut werden. Als Ersatz ist ein einfacher Gleiswechsel zwischen den Haltestellen Bunsengymnasium und Technologiepark vorgesehen (Teil dieser Maßnahme).

In der Vergangenheit war bereits ein Ingenieurbüro mit der Planung der Berliner Straße beauftragt. Der Maßnahmenbereich umfasste die Straßenbahnanlage incl. Folgemaßnahmen bis nördlich der Haltestelle Technologiepark (ohne den Maßnahmenteil des kommunalen Straßenbaus). Mit dieser Ausschreibung wurde der Maßnahmenbereich angepasst. Im Rahmen der früheren Beauftragung wurde die Leistungsphase 1 bereits abgeschlossen und die Leistungsphase 2 noch nicht finalisiert. Außerdem wurde eine Bestandsvermessung durchgeführt.

Planerische Beschreibung der Maßnahme – Kommunalen Straßenbau

Anlass und Problemstellung ist u. a. der altersbedingte Zustand der vorhandenen Verkehrsanlage Straße/Geh- und Radverkehr. Diese hat im Abschnitt Jahnstraße bis Technologiepark ihre Verschleißgrenze erreicht und muss erneuert werden. Speziell den Wurzelaufwerfungen an nahezu allen im Planungsbereich vorhandenen Großbäumen ist besonderes Augenmerk zu schenken. Diese sollen für die nächsten Jahrzehnte durch geeignete Maßnahmen, worauf hier ganz besonders hingewiesen wird, im Zuge der Ausbaumaßnahme bei guter Vitalität erhalten werden.

Auf die bereits im Zuge der Verkehrsanlage Straßenbahn erarbeitete Voruntersuchung der rnv (siehe Anlage) wird hingewiesen. Es ist jedoch zu beachten, dass die Voruntersuchung bereits vor der Leistungsphase 1 erarbeitet wurde. Deshalb ist in Bezug auf die technische Planung der Straßenbahnanlage nicht auf diese Voruntersuchung aufzubauen.

Folgende Regelwerke für die Planung von Verkehrsanlagen sind im jeweils aktuellen Stand einzuhalten:

- Straßenverkehrsordnung (StVO)
- Verwaltungsvorschrift der Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO)
- Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen der FGSV (RASt)
- Empfehlungen für Radverkehrsanlagen der FGSV (ERA)
- Empfehlungen für Fußverkehrsanlagen der FGSV (EFA)
- Hinweise für barrierefreie Verkehrsanlagen der FGSV (H BVA)
- Richtlinie für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen der FGSV (RStO)
- DIN-Normen

Planerische Beschreibung der Maßnahme – Allgemein

In der Leistungsphase 2 wird ein zusammenhängendes Konzept mit grundsätzlichen Angaben zum Umgang mit dem Gradientenverlauf des Fahrbahn- und anschließenden Geh-/Radwegbereichs erwartet. Idee ist, das Niveau in den Seitenbereichen anzuheben, um den Platanen ihren Wurzelbereich geben zu können. Darauf muss das Fahrbahnniveau bzw. die Entwässerung und die Randeinfassung des Gleiskörpers reagieren.

2. Angebotsgrundlagen

Der Auftraggeber ist die Rhein-Neckar Verkehr GmbH, Möhlstraße 27, 68165 Mannheim.

Das teilnehmende Unternehmen wird gebeten, ein für den Auftraggeber unverbindliches Angebot kostenlos und ohne jede Verpflichtung für den Auftraggeber abzugeben.

3. Inhalt des Angebotes

Das Angebot muss den Vorgaben aus den weiteren Vergabeunterlagen entsprechen (siehe Checkliste im Verfahrensbrief zur Angebotsaufforderung).

Insofern hierzu Formblätter/elektronische Formulare zur Verfügung gestellt werden, so sind diese zwingend zu verwenden.

4. Vertragsgrundlagen

4.1 Vertragsbedingungen

Vertragsbedingungen gemäß Vertragsgrundlagen.

Durch die Angebotsabgabe bestätigt der Auftragnehmer, dass ihm alle zur Vertragserfüllung maßgebenden Daten und Verhältnisse bekannt sind, er diesen im Falle einer Auftragserteilung Rechnung tragen wird, er die Leistungen selbst zu den Vertragsbedingungen erfüllen kann und auf die Anfechtung verzichtet.

4.2 Subunternehmer

Die Leistungen werden vom Auftragnehmer grundsätzlich mit eigenem Personal ausgeführt. Sofern der Auftragnehmer beabsichtigt, Subunternehmer mit Teilleistungen zu beauftragen, sind diese im Angebot zu benennen.

4.3 Auftrag und Auftragsbestätigung

Änderungen des vereinbarten Leistungsumfanges werden nur verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen und mit einer Bestellung bestätigt werden.

5. Leistungen des Auftragnehmers

Gegenstand der zu vergebenen Leistungen sind die Planungsleistungen der Objektplanung Verkehrsanlagen der Leistungsphasen 1 bis 7 gem. § 47 HOAI 2021 für das Projekt „Erneuerung der Berliner Straße, Gleis- und Straßenbau mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen“.

Die Leistung wird in zwei Titeln nach „Schiene“ und „Straße“ aufgeteilt und getrennt abgerechnet.

Schiene:

Die Leistungsphasen 1 bis 4 werden als Grundangebot bezuschlagt, die Lph. 5 bis 7, die Bauvermessung sowie Erweiterungen des Maßnahmenbereichs sind jeweils als Optionen anzubieten.

Straße:

Die Lph. 1 bis 2 werden als Grundangebot bezuschlagt, die Lph. 3 bis 5, Lph. 6, Lph. 7 sowie Lph. 8 sind jeweils als Optionen gesondert anzubieten.

Die Leistungen werden stufenweise bezuschlagt. Es bleibt dem Auftraggeber vorbehalten, einzelne Stufen nicht oder auch in anderer Reihenfolge zu beauftragen.

Als Grundangebot bezuschlagt werden:

- Stufe 1 Schiene (umfasst die Lph. 1 und 2 des Teils Schiene)
- Stufe 2 Schiene (umfasst die Lph. 3 und 4 des Teils Schiene)
- Stufe 1 Straße (umfasst die Lph. 1 und 2 des Teils Straße)

Optional anzubietende Leistungen:

- Stufe 3 Schiene (umfasst die Lph. 5 bis 7 sowie die Bauvermessung des Teils Schiene)
- Stufe 4 Schiene (umfasst die Erweiterung des Maßnahmenbereichs der Lph. 3 und 4 des Teils Schiene)
- Stufe 5 Schiene (umfasst die Erweiterung des Maßnahmenbereichs der Lph. 5 bis 7 des Teils Schiene)
- Stufe 2 Straße (umfasst die Lph. 3 bis 5 des Teils Straße)
- Stufe 3 Straße (umfasst die Lph. 6 des Teils Straße)
- Stufe 4 Straße (umfasst die Lph. 7 des Teils Straße)
- Stufe 5 Straße (umfasst die Lph. 8 des Teils Straße)

Abgrenzung der Maßnahmenbereiche Schiene und Straße

Für die Planung **bis Leistungsphase 2** umfasst der Maßnahmenbereich Schiene auch die Neu- und Umpfanungen der im städtischen Bereich befindlichen Verkehrsanlagen, die durch die ÖPNV-Maßnahme verursacht werden, beispielsweise die Anpassung der angrenzenden Fahrbahnen und Knotenpunkte. Der Maßnahmenbereich Kommunalen Straßenbau umfasst die darüber hinaus liegenden Bereiche.

Für die Planung **ab Leistungsphase 3** ist die Abgrenzung davon abhängig, ob die Stufe 2 Straße bzw. die Stufe 3 Straße für den Kommunalen Straßenbau beauftragt wird.

Sollte sie beauftragt werden, wird es eine Kostenteilung geben. Die konkrete Aufteilung (z. B. nach Flächen und/oder Kostenschlüssel) wird anhand der Planung der Leistungsphase ermittelt.

Sollte sie nicht beauftragt werden, entfällt zwar der Bereich Straße, jedoch werden dann die Stufe 4 Schiene bzw. die Stufe 5 Schiene beauftragt und es vergrößert sich der Bereich Schiene um die notwendigen Übergangsbereiche und Folgemaßnahmen, die durch die Änderung der Anlage der Straßenbahn notwendig werden.

Zusätzliche Leistungen aufgrund geänderter Variantenverfolgungen sind in der Kalkulation zu berücksichtigen.

Die Planung beider Bereiche ist zusammenhängend mit folgenden Stellen/Beteiligten abzustimmen:

- rnv (Fachabteilungen)
- Stadt Heidelberg (Fachämter)
- Universität Heidelberg und ggf. weiteren Anliegern Im Neuenheimer Feld
- Leitungsträger im Plangebiet
- sonstige Betroffene, etc.

Zusätzlich zu den in den Kapiteln 5.1 und 5.2 genannten Positionen bzgl. Abstimmungstermine sind alle erforderlichen digitalen Abstimmungstermine sowie 10 Abstimmungstermine in Heidelberg einzurechnen. Weitere erforderliche Abstimmungstermine in Präsenz werden nach Aufwand berechnet.

5.1 Leistungen Teil „Schiene“

5.1.1 Stufe 1 Schiene (Grundangebot)

§ 47 HOAI 2021, Leistungsphasen 1 und 2

Das Leistungsbild der Lph. 1 und 2 entspricht dem Umfang nach HOAI 2021 Teil 3, Anlage 13.1 zu § 47 Abs. 2 sowie nachfolgend aufgeführten Punkten. Sollten sie der Meinung sein, dass es sich hier um zusätzliche Leistungen handelt, so bitten wir Sie, für die Punkte ein Honorar zu ermitteln.

Folgende Leistungen sind bereits erbracht worden:

1. Beschaffen und Auswerten amtlicher Karten
2. Analysieren der Grundlagen
3. Leitungsträgerabfrage
4. Ingenieurvermessung nach Anlage 1, Punkt 1.4.4 HOAI 2021

Die bereits erbrachten Leistungen sind vom Auftragnehmer zu prüfen. Sollte aus Sicht des Auftragnehmers Anpassungen/Ergänzungen erforderlich sein, sind diese durchzuführen und mit dem Auftraggeber abzustimmen.

Folgende Leistungen sind bereits teilweise erbracht worden:

5. Untersuchung bzgl. möglicher Varianten der Lage und Ausgestaltung der Straßenbahninfrastruktur (Gleisanlage, Bahnsteige, etc.) sowie der sonstigen Anlagen im Projektbereich.
6. EDV-gestützte Erarbeitung des Planungskonzeptes unter Berücksichtigung aller fachspezifischen Anforderungen und unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung Beteiligter bis zum vollständigen Entwurf im Lageplan (M 1:250), Höhenplan (M 1:500), Regelquerschnitten (M 1:50) und in mehreren Querschnitten.
7. Überschlägige verkehrstechnische Bemessung der Verkehrsanlage, Ermitteln der Schallimmissionen von der Verkehrsanlage an kritischen Stellen nach Tabellenwerten
Untersuchen der möglichen Schallschutzmaßnahmen, ausgenommen detaillierte schalltechnische Untersuchungen
8. Im Zuge der Erarbeitung des Planungskonzeptes sind Vor-Ort-Termine vorzusehen und zu kalkulieren, bei denen, ggf. an mehreren Stellen, der IST-Zustand der Straßenbahnbetriebsanlage, der Örtlichkeit, der Lagerung, Verkehrsführung, technischen und elektrischen Einrichtungen und des Unterbaus aufzunehmen ist.
9. Vorabstimmen mit Behörden und anderen an der Planung fachlich Beteiligten über die Genehmigungsfähigkeit, gegebenenfalls Mitwirken bei Verhandlungen über die Bezuschussung und Kostenbeteiligung
10. Überarbeiten des vorläufigen Entwurfes im erforderlichen Umfang aufgrund von Bedenken und Anregungen, die sich aus den zutreffenden Detailabstimmungen mit den von der Planung betroffenen oder an der Planung beteiligten Stellen ergeben.

Die bereits teilweise erbrachten Leistungen sind vom Auftragnehmer zu prüfen. Sollten Anpassungen erforderlich sein, sind diese durchzuführen und mit dem Auftraggeber abzustimmen.

Folgende Leistungen sind zu erbringen:

11. Teilnahme an der Projektbesprechung für das Projekt H047 Campusring Im Neuenheimer Feld (siehe 245-24-EK7). Eine Minimierung von Konflikten mit dem benachbarten Projekt ist zu beschreiben und wird separat bewertet.
Über die Projektlaufzeit finden diese Besprechungen ca. alle vier Wochen, phasenweise auch ca. alle zwei Wochen statt.
12. Abstimmen der Zielvorstellungen auf die öffentlich-rechtlichen Randbedingungen sowie Planungen Dritter
13. Klären und Erläutern der wesentlichen fachspezifischen Zusammenhänge, Vorgänge und Bedingungen
14. Mitwirken bei Erläutern des Planungskonzeptes gegenüber Dritten an bis zu 2 Terminen
15. Kostenschätzung, Vergleich mit den finanziellen Rahmenbedingungen
16. Zusammenfassen der Entwurfsunterlagen mit Erläuterungsbericht.
17. Abstimmung mit der Stadt Heidelberg und beteiligten Dritten in regelmäßigen Planungsgesprächen (meist digital).
18. Teilnahme an Bürgerinformation oder -beteiligung sowie deren Unterstützung incl. Vor- und Nachbereitung (eine Veranstaltung; gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).

Diese Leistungen sind vom Auftragnehmer zu erbringen.

Optionale Leistungen:

19. Übertragung der vorliegenden Planungen der Varianten 2d, 2e und 3 von PDF in Zeichnungsdatenformat auf Basis der Bestandsdaten oder Zeichnungsdaten der übrigen Varianten (vgl. dazu auch Punkt 8 Anlagen/Unterlagen)

Nach Abschluss der Lph. 2 gilt diese (incl. der Leistungen, die bereits vor Auftragsvergabe erbracht wurden) als Planung des Auftragnehmers.

5.1.2 Stufe 2 Schiene (Grundangebot)

§ 47 HOAI 2021, Leistungsphasen 3 und 4

Das Leistungsbild der Phasen 3 und 4 entspricht dem Umfang nach HOAI 2021 Teil 3, Anlage 13.1 zu § 47 Absatz 2 sowie den nachfolgend aufgeführten Punkten. Sollten Sie der Meinung sein, dass es sich hier um zusätzliche Leistungen handelt, so bitten wir Sie, für die Punkte ein Honorar zu ermitteln.

Folgende Leistungen werden im Zuge der Bearbeitung der Leistungsphasen 3 und 4 erforderlich:

20. Teilnahme an der Projektbesprechung für das Projekt H047 Campusring Im Neuenheimer Feld (siehe Ausschreibung 245-24-EK7). Eine Minimierung von Konflikten mit dem benachbarten Projekt ist zu beschreiben und wird separat bewertet.
Über die Projektlaufzeit finden diese Besprechungen ca. alle vier Wochen, phasenweise auch ca. alle zwei Wochen statt.
21. Teilnahme an Bürgerinformation oder -beteiligung sowie deren Unterstützung incl. Vor- und Nachbereitung (zwei Veranstaltungen; gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).
22. Abstimmung mit der Stadt Heidelberg und beteiligten Dritten in regelmäßigen Planungsgesprächen (meist digital).
23. Erstellung eines LGVFG-Antrags incl. der durch den Auftraggeber zur Verfügung gestellten Fachplanungen Dritter.
24. Antrag auf Feststellung der UVP-Pflicht nach § 5 i. V. m. § 7 UVPG (Screening).
25. Koordinierung der Fachplanungen (u. a. Leit- und Sicherungstechnik und Fahrleitung).
26. Federführende Durchführung eines Ämterdurchlaufs zur Festlegung der Betroffenheiten bei den Leitungsträgern (gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).
27. Koordinierter Leitungsplan: Erstellung und Zusammenführung von Leerverrohrungsplänen für elektrische betriebstechnische Ausstattungen (Fahrsignalanlage, Fahrleitung usw.), der LSA und aller Bestandsmedien (incl. Darstellung erforderlicher Schutz-, Verlegungs- oder sonstiger Maßnahmen) sowie den neu zu verlegenden Leitungen, einschl. Konfliktprüfung, hierzu gehören Feststellung der Konfliktpunkte, Abstimmung mit Leitungsträgern und finale Konfliktlösung. Die erforderlichen Koordinierungsarbeiten sind durch den Auftragnehmer unter Information und in Abstimmung mit der rnv durchzuführen (gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).
28. Dokumentation aller Abstimmungen und projektbezogenen Gespräche in Form von Protokollen (Protokoll muss spätestens eine Woche nach Besprechung vollständig und in prüffähiger Form zur Freigabe beim Projektleiter der rnv vorliegen).
29. Aufteilen der Kostenschätzung/-berechnung entsprechend den Vorgaben der rnv (bis zu zehn Teile sowie Gesamtaufstellung).
30. Unterstützung des Auftraggebers bei Definition der Anforderung an Planungs- und Gutachterleistungen Dritter (z. B. Baugrundgutachten, Schall- und Erschütterungsgutachten, UVP usw.).

31. Aufstellen und kontinuierliche Fortschreibung (einmal pro Monat) eines Projektterminplans, welcher alle Projektphasen bis hin zur Inbetriebnahme nach Bauausführung beinhaltet (gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).
32. Abstimmung und Erstellung einer detaillierten Bauphasen- bzw. Bauablaufplanung, incl. Terminplanung sowie Abstimmung mit allen betroffenen Stellen der rnv und der Stadt (gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).
33. Erstellung von Verkehrszeichenplänen für die Bauausführung für sämtliche Bauzustände (in einem ersten Schritt ist das Verkehrsführungskonzept zu erstellen und mit der Stadt Heidelberg und weiteren Beteiligten abzustimmen)

5.1.3 Stufe 3 Schiene (optional)

§ 47 HOAI 2021, Leistungsphasen 5 bis 7 sowie Bauvermessung

Das Leistungsbild der Phasen 5 bis 7 entspricht dem Umfang nach HOAI 2021 Teil 3, Anlage 13.1 zu § 47 Abs. 2. Sollten Sie der Meinung sein, dass es sich hier um zusätzliche Leistungen handelt, so bitten wir Sie für die Punkte ein Honorar zu ermitteln:

34. Erstellung von Verkehrszeichenplänen für die Bauausführung für sämtliche Bauzustände (in einem ersten Schritt ist das Verkehrsführungskonzept zu erstellen und mit der Stadt Heidelberg abzustimmen, siehe hierzu beigefügte Bauphasenplanung als Grundlage).
35. Planung von temporären Haltestellen für den Ersatzverkehr incl. Erstellung von Ausführungsplänen.
36. Erstellung der endgültigen Markierungs- und Verkehrszeichenplänen einschließlich Abstimmung mit der Stadt Heidelberg.
37. Abstimmung und Erstellung einer detaillierten Bauphasen- bzw. Bauablaufplanung, incl. Terminplanung sowie Abstimmung mit allen betroffenen Stellen der rnv und der Stadt Heidelberg (gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).
38. Koordinierter Leitungsplan einschl. Konfliktprüfung, Feststellung Konfliktpunkte, Abstimmung mit Leitungsträgern und finale Konfliktlösung (bis zur endgültigen Freigabe aller Leitungsträger; gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).
39. Erstellung von Leerverrohrungsplänen für die Haltestellenausstattung, betriebstechnische Ausstattungen und LSA.
40. Planung der baulichen Realisierung von provisorischen, barrierefreien Haltestellen für den Ersatzverkehr.
41. Einholung einer Aufgrabgenehmigung.
42. Dokumentationen aller Abstimmungen in Form von Protokollen (max. eine Woche nach Termin)
43. Die Achsberechnungen für die Erstellung von Schienenteilungsplänen und Konstruktionsplänen sind Leistungsbestandteil, ebenso die geometrische und trassierungstechnische Prüfung der Schienenteilungs- und Konstruktionspläne des Gleismateriallieferanten (einschl. Prüfung der Einhaltung der Technischen Lieferbedingungen der rnv).
44. Erstellung einer gesonderten Ausschreibung für die Lieferung der Gleismaterialien und Konstruktionen.
45. Prüfen von Nebenangeboten.
46. Gliederung der LV nach bis zu zehn Kostenträger.
47. Übernahme von Leistungsbeschreibungen in PDF sowie im GAEB-Standard XML 3.2 und 3.3 einschließlich der zugehörigen Aufmaße/Mengenermittlung in DA11 oder X31.

48. Teilnahme an Bürgerinformationen und -beteiligungen sowie deren Unterstützung (zwei Veranstaltungen).

Optionale Leistungen:

49. Bauvermessung

Durchführung gemäß HOAI 2021 Anlage 1, Absatz 1.4.7, Leistungsphasen 1, 2 und 3.

Die Übergabe der gemessenen Punkte als ASCII Datei oder andere gängige Übergabeformate.

Übergabe der Achs- und Gradientenberechnung als Ausdruck und digital als DA 21, DA 40, DA 66 bzw. Card-Bahn-Format.

Alle Aufwendungen für Fahrzeuge und Geräte, Auslösungen etc. sind in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen. Das gilt auch für die Anfertigung von Plankopien und für die Lieferung der Datenträger in der jeweils ausgeschriebenen Stückzahl.

Einsatz von Nachunternehmern ist vorher mit dem AG abzustimmen, dto. die Weitergabe von Planunterlagen etc. an Dritte.

Hinweis zu Leistungsphase 6: Die Bearbeitung erfolgt getrennt für den Teil Schiene und den Teil Straße. Beide Teile stellen bei der Vergabe der Bauleistungen ein eigenes Los dar und werden getrennt von der rnv und der Stadt Heidelberg – Tiefbauamt beauftragt. Demnach sind zwei separate Leistungsverzeichnisse für Teil Schiene und Teil Straße zu erstellen. Die Schnittstelle zwischen den beiden Maßnahmenbereichen ist mit den Projektbeteiligten abzustimmen.

Folgende Leistungen aus der Leistungsphase 7 werden durch den Auftraggeber erbracht:

- Einholen von Angeboten
- Führen von Bietergesprächen: hier Koordination und Protokollieren der Bietergespräche

5.1.4 Stufe 4 Schiene (optional)

Erweiterung des Maßnahmenbereichs Schiene für die Leistungsphasen 3 und 4

Wird die Stufe 2 Straße nicht beauftragt, wird Stufe 4 Schiene gezogen. Es erweitert sich der Maßnahmenbereich der Stufe 2 Schiene um die im städtischen Bereich befindlichen Verkehrsanlagen, sowie alle durch die ÖPNV-Maßnahme verursachten Neu- und Umplanungen, beispielsweise die Anpassung der angrenzenden Fahrbahnen und Knotenpunkte.

Für diese Stufe ist eine Pauschale anzubieten.

5.1.5 Stufe 5 Schiene (optional)

Erweiterung des Maßnahmenbereichs Schiene für die Leistungsphasen 5 bis 7

Werden die Stufe 2 Straße und 3 Straße nicht beauftragt, wird die Stufe 5 Schiene gezogen. Es erweitert sich der Maßnahmenbereich der Stufe 3 Schiene um die im städtischen Bereich befindlichen Verkehrsanlagen, sowie alle durch die ÖPNV-Maßnahme verursachten Neu- und Umplanungen, beispielsweise die Anpassung der angrenzenden Fahrbahnen und Knotenpunkte.

Für diese Stufe ist eine Pauschale anzubieten.

5.2 Leistungen Teil „Straße“

5.2.1 Stufe 1 Straße (Grundangebot)

§ 47 HOAI 2021, Leistungsphasen 1 und 2

Das Leistungsbild der Phasen 1 bis 2 entspricht dem Umfang nach HOAI 2021 Teil 3, Anlage 13.1 zu § 47 Absatz 2 sowie den nachfolgend aufgeführten Punkten. Sollten Sie der Meinung sein, dass es sich hier um zusätzliche Leistungen handelt, so bitten wir Sie für die Punkte ein Honorar zu ermitteln. Folgende Leistungen werden im Zuge der Bearbeitung der Leistungsphasen 1 bis 2 erforderlich:

1. Ein zusammenhängendes Konzept mit grundsätzlichen Angaben zum Umgang mit dem Gradientenverlauf des Fahrbahn- und anschließenden Geh-/Radwegbereichs. Idee ist, die Seitenbereich im Niveau anzuheben, um den Platanen ihren Wurzelbereich geben zu können. Darauf muss das Fahrbahnniveau bzw. die Entwässerung und die Randeinfassung des Gleiskörpers reagieren.
2. Untersuchung bzgl. möglicher Varianten der Lage und Ausgestaltung der Straße, Geh- und Radverkehrsanlage sowie der sonstigen Anlagen im Projektbereich.
Im Vorentwurf sind Markierungen und Spuraufteilungen einzutragen.
In den Plänen sind Bordhöhen einzutragen.
Die Verträglichkeit der LSA-Standorte mit ihren Fundamenten ist in Zusammenhang mit bestehenden und geplanten Leitungen zu prüfen.
3. EDV-gestützte Erarbeitung der Planung unter Berücksichtigung aller fachspezifischen Anforderungen und unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung Beteiligter bis zum vollständigen Vorentwurf im Lageplan (M 1:250), Höhenplan (M 1:500), Regelquerschnitten (M 1:50) und in mehreren Querschnitten.
4. Im Zuge der Erarbeitung des Planungskonzeptes sind Vor-Ort-Termine vorzusehen und einzukalkulieren, bei denen, ggf. an mehreren Stellen, der IST-Zustand der Straßenanlage, der Örtlichkeit, der Lagerung, Verkehrsführung, technischer Einrichtungen sowie sonstigem aufzunehmen ist (2 Tagessätze).
5. Überarbeiten des vorläufigen Vorentwurfes im erforderlichen Umfang aufgrund von Bedenken und Anregungen, die sich aus den zutreffenden Detailabstimmungen mit den von der Planung betroffen oder an der Planung beteiligten Stellen ergeben.
6. Zusammenfassen der Vorentwurfsunterlagen mit Erläuterungsbericht.
7. Teilnahme an Bürgerinformation oder -beteiligung sowie deren Unterstützung incl. Vor- und Nachbereitung (eine Veranstaltung; gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).
8. Koordinierung der Fachplanungen (u. a. LSA sowie zugehörige Einrichtungen etc.).
9. Federführende Durchführung eines Ämterdurchlaufs zur Festlegung der Betroffenheiten bei den Leitungsträgern (gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).
10. Koordinierter Leitungsplan: Erstellung und Zusammenführung von Leerverrohrungsplänen für elektrische, betriebstechnische Ausstattungen (Fahrsignalanlage, Fahrleitung usw.), der LSA und aller Bestandsmedien (incl. Darstellung erforderlicher Schutz-, Verlegungs- oder sonstiger Maßnahmen) sowie den neu zu verlegenden Leitungen, einschl. Kollisionsprüfung, hierzu gehören Feststellung der Konfliktpunkte, Abstimmung mit Leitungsträgern und finale Konfliktlösung. Die erforderlichen Koordinierungsarbeiten sind durch den Auftragnehmer unter Information und in Abstimmung mit dem Amt für Mobilität durchzuführen. Erstellung Trassensummenplan mit erfolgter Abfrage der Fremdleitungen. Der Vorentwurf ist mit den Leitungsträgern abzustimmen, entsprechende Stellungnahmen sind einzuholen. Der Vorentwurf muss baulich umsetzbar sein (gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).
11. Dokumentation aller Abstimmungen und projektbezogenen Gespräche in Form von Protokollen (Protokoll muss spätestens eine Woche nach erfolgter Besprechung vollständig und in prüffähiger Form zur Freigabe bei der Projektleitung des Amtes für Mobilität vorliegen).

12. Aufteilen der Kostenschätzung entsprechend den Vorgaben des Amtes für Mobilität im erforderlichen Umfang.
13. Unterstützung des Auftraggebers bei Definition der Anforderung an Planungs- und Gutachterleistungen Dritter (z. B. Baugrundgutachten, Schall- und Erschütterungsgutachten, UVP usw.).
14. Aufstellung und kontinuierliche Fortschreibung (einmal pro Monat) eines Projektterminplans. Optional sind weitere Projektphasen bis hin zur Inbetriebnahme nach Bauausführung zu leisten (gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).

Optionale Leistungen:

15. Zusammenstellung der Unterlagen für die Programmanmeldung LGVFG-Antrag. Für die Verkehrsanlagen Straßenbahn wird eine separate Programmanmeldung durchgeführt.
16. Abstimmung und Erstellung einer Bauphasen- bzw. Bauablaufplanung, incl. Terminplanung sowie Abstimmung mit allen betroffenen Stellen der rnv und der Stadt (gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg)
17. Erstellung von groben Verkehrsführungsplänen für die Bauausführung (in einem ersten Schritt ist das Verkehrsführungskonzept zu erstellen und mit der Stadt Heidelberg und weiteren Beteiligten abzustimmen)
18. Erstellung Stellungnahme zum Sicherheitsaudit bzw. Anpassung der Planung nach Sicherheitsaudit.

5.2.2 Stufe 2 Straße (optional)

§ 47 HOAI 2021, Leistungsphasen 3 bis 5

Das Leistungsbild der Phasen 3 bis 5 entspricht dem Umfang nach HOAI 2021 Teil 3, Anlage 13.1 zu § 47 Abs. 2. Sollten Sie der Meinung sein, dass es sich hier um zusätzliche Leistungen handelt, so bitten wir Sie für die Punkte ein Honorar zu ermitteln:

19. Koordinierte Leitungsplanung inkl. Leitungsanfragen, Prüfung auf Leitungskollisionen (Planungs-Bestand), Abstimmung mit Ver- und Entsorgungsträger, Beachtung von erforderlichen Leitungsabständen und auf Konfliktpunkte hinweisen bzw. Lösungsvarianten aufzeigen sowie Darstellung der Leitungen im Lageplan der Planungsflächen und in Regelquerschnitten.
20. Aufteilen der Kostenberechnung entsprechend den Vorgaben des Amtes für Mobilität im erforderlichen Umfang.
21. Teilnahme an Bürgerinformation oder -beteiligung sowie deren Unterstützung incl. Vor- und Nachbereitung (zwei Veranstaltungen; gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).
22. Zusammenfassung und Dokumentation der Ergebnisse

Optionale Leistungen:

23. Es sind für jede Bauphase Verkehrssicherungspläne sowie Umleitungspläne für alle betroffenen Verkehrsteilnehmer (IV und ÖPNV) zu erstellen. Die Verkehrssicherungs- und Umleitungspläne sind mit der Stadt Heidelberg – Amt für Mobilität, Amt für Abfallwirtschaft, Feuerwehr und Polizei abzustimmen und vor der Veröffentlichung der Bauausschreibung freigeben zulassen.
24. Erstellung der endgültigen Markierungs- und Verkehrszeichenpläne einschließlich Abstimmung mit der Stadt Heidelberg.
25. Abstimmung und Erstellung einer detaillierten Bauphasen- bzw. Bauablaufplanung, incl. Terminplanung sowie Abstimmung mit allen betroffenen Stellen der rnv und der Stadt Heidelberg. Falls sich die Stadtbetriebe und die Stadtwerke Heidelberg an der Gesamtbaumaßnahme beteiligen, sind die Arbeiten der Leitungsträger im Bauphasen- bzw. Bauablaufkonzept zu berücksichtigen (gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).

26. Erstellung eines LGVFG-Antrags incl. der durch den Auftraggeber zur Verfügung gestellten Fachplanungen Dritter. Für die Verkehrsanlagen Straßenbahn wird ein separater Zuwendungsantrag gestellt.
27. Erstellung von Leerverrohrungsplänen für LSA.
28. Einholung einer Aufgrabungsgenehmigung.
29. Dokumentationen aller Abstimmungen in Form von Protokollen (max. eine Woche nach Termin)
30. Übernahme der Anforderungen zum Wurzelschutz eines Fachplaners.
31. Erstellung Stellungnahme zum Sicherheitsaudit bzw. Anpassung der Planung nach Sicherheitsaudit.

5.2.3 Stufe 3 Straße (optional)

§ 47 HOAI 2021, Leistungsphase 6

Das Leistungsbild der Phase 6 entspricht dem Umfang nach HOAI 2021 Teil 3, Anlage 13.1 zu § 47 Abs. 2. Sollten Sie der Meinung sein, dass es sich hier um zusätzliche Leistungen handelt, so bitten wir Sie für die Punkte ein Honorar zu ermitteln:

32. Dokumentationen aller Abstimmungen in Form von Protokollen (max. eine Woche nach Termin)
33. Für die Bearbeitung des Teils Straße sind die Grundlagen des Tiefbauamtes (Stamm-LV, Vorlage Baubeschreibung) zu verwenden.
34. LV und Baubeschreibung werden durch das Tiefbauamt geprüft und freigegeben.

Hinweis: Die Bearbeitung erfolgt getrennt für den Teil Schiene und den Teil Straße. Beide Teile stellen bei der Vergabe der Bauleistungen ein eigenes Los dar und werden getrennt von der rnv und der Stadt Heidelberg – Tiefbauamt beauftragt. Demnach sind zwei separate Leistungsverzeichnisse für Teil Schiene und Teil Straße zu erstellen. Die Schnittstelle zwischen den beiden Maßnahmenbereichen ist mit den Projektbeteiligten abzustimmen.

5.3 Stufe 4 Straße (optional)

§ 47 HOAI 2021. Leistungsphase 7

Das Leistungsbild der Phase 7 entspricht dem Umfang nach HOAI 2021 Teil 3, Anlage 13.1 zu § 47 Abs. 2. Sollten Sie der Meinung sein, dass es sich hier um zusätzliche Leistungen handelt, so bitten wir Sie für die Punkte ein Honorar zu ermitteln:

35. Die Dokumentation der Angebotsprüfung erfolgt nach Vorgaben des Tiefbauamtes (Struktur der Vergabeakte wird vorgegeben).

Optionale Leistungen:

36. Protokoll der Bietergespräche

5.3.1 Stufe 5 Straße (optional)

§ 47 HOAI 2021. Leistungsphase 8

Das Leistungsbild der Phase 8 entspricht dem Umfang nach HOAI 2021 Teil 3, Anlage 13.1 zu § 47 Abs. 2. Sollten Sie der Meinung sein, dass es sich hier um zusätzliche Leistungen handelt, so bitten wir Sie für die Punkte ein Honorar zu ermitteln:

37. Örtliche Bauüberwachung.
38. Bearbeitung von Nachträgen.

5.4 Sonstige Anmerkungen

Die ggf. erforderliche Digitalisierung von Bestandsunterlagen wird nicht gesondert vergütet.

Für das Projekt sind weitere Fachplanungen (z. B. LSA) erforderlich, welche nicht Gegenstand dieser Angebotsanfrage sind. Fachplanungen Dritter werden separat durch den Auftraggeber an andere Büros/Institutionen vergeben und sind in jeder Leistungsphase in die Planung einzubinden und zu koordinieren. Der Aufwand für die erforderlichen Abstimmungstermine mit dem jeweiligen Fachplaner ist zu berücksichtigen. Relevante Einbauten (Fahrleitung, LSA etc.) sind in die Verkehrsanlagenpläne zu übernehmen und auf Konflikte zu prüfen. Dieses ist im Zuge des Planungsfortschritts, d. h. bei Planungsänderungen erneut durchzuführen, sodass jeweils ein aktueller Stand aller Planungen gewährleistet ist.

6. Termine

6.1 Terminplan

Für die Maßnahmen geht der Auftraggeber aktuell von folgendem groben Zeitplan (Entwurf) aus:

Abgabe des Planfeststellungsantrags	4. Quartal 2026
Abgabe des Zuwendungsantrags	4. Quartal 2027
Baubeginn	4. Quartal 2028
Inbetriebnahme	2030

Nach Auftragsvergabe wird vom Auftraggeber ein Rahmenterminplan bestimmt, der mit seinen wesentlichen Zwischenterminen verbindlich ist und Vertragsbestandteil wird.

Nachträglich schriftlich festgesetzte Einzeltermine gelten stets als vertraglich vereinbarte Termine. Vom Auftraggeber nachträglich geforderte Ausführungsänderungen rechtfertigen keine Terminüberschreitung, sofern diese nicht unverzüglich und begründet angezeigt werden.

6.2 Terminverzögerungen

Bei erkennbarer Verzögerung einer Leistung ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen und dessen Entscheidung über das weitere Vorgehen einzuholen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer einen erhöhten Personaleinsatz, den Einsatz qualifizierten Personals oder Überstunden an Werk-, Sonn- und Feiertagen zu verlangen, wenn abzusehen ist, dass die vorgegebenen Termine nicht eingehalten werden oder die Einhaltung des Terminplans wegen nicht ausreichender Qualifikation des eingesetzten Personals gefährdet ist.

Der Auftraggeber behält sich vor, den ihm wegen Terminverzögerungen entstehenden Schaden geltend zu machen.

7. Honorarermittlung

7.1 Honorargrundlagen

Grundlage für die Honorarermittlung und Ingenieurleistung ist die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure vom 12. November 2020 (BGBl. I S. 2392), unter Berücksichtigung der vorgenannten Einsatzzeiten.

Wir empfehlen die Honorarzone III unten als Orientierungswert heranzuziehen, dies ist aber nur eine Richtungsweisung.

Es besteht die Möglichkeit, Zu- oder Abschläge auf das Angebot zu vereinbaren. Es wird ein Pauschalangebot beauftragt. Dementsprechend kann der Bieter auch anderweitige Annahmen für seine Angebotskalkulation heranziehen. Der Bieter muss mit Angebotsabgabe eine Erklärung, seine Angebotskalkulation sowie seine Urkalkulation mitabgeben.

Die geschätzten anrechenbaren Kosten der Maßnahme belaufen sich auf **ca. 9,7 Mio. Euro (netto) für den Maßnahmenbereich Schiene** sowie **ca. 6,0 Mio. (brutto) für den Maßnahmenbereich Kommunalen Straßenbau**.

Zum Zwecke der Angebotskalkulation kann der Bieter die Möglichkeit einer Ortsbegehung wahrnehmen. Die Verkehrsanlagen Straße sind für die Öffentlichkeit frei zugänglich.

Wir bitten im Angebot um Angabe der Höhe des Umbauzuschlages gemäß § 48 Absatz 6.

In das Honorar sind je zehn Exemplare für sämtliche Mehrfertigungen einzurechnen. Die Kosten für darüberhinausgehende Mehrfertigungen sind optional anzubieten. Darüber hinaus sind die Projektunterlagen digital (Zeichnungsdateien – bspw. DWG/DXF –, PDF, Office-Dateien, GAEB-Dateien usw.) in geeigneter Form zu übermitteln. Es sind vorab mindestens drei Prüfläufe für sämtliche Anträge sowie für die Ausschreibungsunterlagen einzurechnen.

Die angefragten Leistungen gemäß HOAI 2021 im Kapitel 5 Leistungen des Auftragnehmers der Stufen 1 bis 5 Schiene sowie 1 bis 5 Straße sowie falls nötig besondere Leistungen werden als Bestandteil der Ausschreibung durch den Auftraggeber erst durch eine gesonderte, schriftliche Beauftragung abgerufen. Der Bieter hat grundsätzlich keinen Anspruch auf Beauftragung und Vergütung dieser optionalen Leistungen, sofern ihm die vorlaufenden Leistungen bereits beauftragt wurden.

7.2 Nebenkosten

Nebenkosten sind pauschal festzusetzen, je Stufe bzw. Leistungseinheit.

Die Stundensätze für evtl. Stundenlohnarbeiten sind im vorgesehenen Formblatt einzutragen.

8. Anlagen/Unterlagen

Folgende Unterlagen werden als Anlagen dieser Leistungsbeschreibung für die Honorarermittlung bereitgestellt:

- 1) Übersichtsplan Maßnahmenbereich und Abgrenzung zum Projekt Im Neuenheimer Feld (245-24-EK7)
- 2) Bestandspläne (Stand 2021/22)

- 3) Voruntersuchung (Erläuterungsbericht, Lagepläne)
- 4) Lagepläne und Querschnitte aus der Planung Schiene in mehreren Varianten im Zuge der Leistungsphase 2 (Stand 2022)

Folgende Unterlagen können dem Auftragnehmer von der rnv nach Auftragserteilung zur Verfügung gestellt werden:

- Vermessungsdaten, Bestandsfotos
- Zeichnungsdaten zu den Lageplänen und Querschnitten aus den beigefügten PDF-Plänen der Varianten 1 bis 2c
- Zeichnungsdaten zum Lageplan der Variante 2d (nicht im aktuellen Stand)

Vertragsgrundlagen

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

1. Die „Besonderen Vertragsbedingungen“ für dieses Vergabeverfahren
2. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
3. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
4. Die „Allgemeine Vertragsbedingungen für Architekten- und Ingenieurleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
5. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. Sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
6. Die aktuell gültige Fassung der HOAI
7. Die aktuell gültige Fassung des BGB

Besonderen Vertragsbedingungen

§1. Kommunikation

- (1) Der Auftragnehmer (AN) verpflichtet sich, E-Mails des Auftraggebers (AG) nach Eingang innerhalb der bei Angebotsabgabe angegebenen Rückmeldefrist vollumfänglich zu bearbeiten sowie zu beantworten. Das Gleiche gilt auch für Rückrufe sowie Terminanfragen.
- (2) Der AG kann die Frist durch eine Fristsetzung für den vorliegenden Sachverhalt verlängern. Des Weiteren kann der AN um eine Fristverlängerung beim zuständigen Ansprechpartner des AG per E-Mail bitten. Diese Fristverlängerung muss vom AG bestätigt werden. Der AG behält sich vor, bei unbegründeten oder unzureichenden Begründungen der Notwendigkeit der Fristverlängerungen die Zustimmung zu verweigern.
- (3) Erfolgt die Beantwortung der E-Mails nicht innerhalb der bei Angebotsabgabe angegebenen Rückmeldefrist, befindet sich der AN automatisch nach 48 Stunden in Verzug. Der AN hat nach Start des Verzuges die gleiche Frist Zeit, die Antwort zu versenden.
- (4) Erfolgt eine Antwort des AN nicht innerhalb der zweiten Fristsetzung seit dem Anfang des Verzuges, ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe von 100€ zu fordern und bei Rechnungsstellung des AN in Abzug zu bringen. Die Forderungsfrist für die Vertragsstrafe erlischt erst nachdem der AG die Schlussrechnung des AN vollständig bezahlt hat.
- (5) Sollte der AN auch die Verzugsfrist verstreichen lassen ohne Antwort zu versenden, ist der AG berechtigt gemäß BGB §323 den Vertrag zu

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]

[261-25-EK2]

kündigen. Der AG ist in seiner Entscheidung des Aussprechens der Kündigung frei.

- (6) Jegliche schriftliche Kommunikation (Bsp.: Briefe, E-Mail) sowie die Zusammenfassung mündlicher Absprachen und Vereinbarungen zwischen den Mitarbeitern des AG und dem AN, sind, sofern sie kaufmännische und/oder vertragliche Themen betrifft (z.B. Abstimmungen, die zu Änderungen der Auftragserbringung gemäß Vergabeunterlagen, Mehrbedarfen, Nachträgen oder Auftragserweiterungen, führen) ist des Weiteren auch an die E-Mail-Adresse einkauf@rnv-online.de zu senden. Diesbezügliche mündliche Absprachen sind zu verschriftlichen.
- (7) Eine E-Mail an einkauf@rnv-online.de entbindet nicht von der gesetzlich vorgegebenen Schriftform. Jegliche Briefe sind an den Einkauf des AG zu senden.

§2. Zeitrahmen für Reaktionszeiten des AN

- (1) Die Reaktionszeiten des AN werden für die Projektbearbeitung im Zeitraum von Mo-Fr 08:00 Uhr bis 18:00 Uhr berechnet.
- (2) Für die Rückmeldefristen, die vom AN bei Angebotsabgabe genannt werden, werden die in Abs. 1 genannten Zeiten als maßgeblich angesehen.
- (3) Sollte die Rückmeldefrist an einem Tag nicht vollständig durch den restliche Zeitrahmen gedeckt sein, geht die Frist am nächsten abzüglich der bereits vorherig verstrichenen Fristzeit weiter.
- (4) Der hier festgelegte Zeitrahmen entbindet den AN nicht von der Pflicht im Rahmen des Auftrags auch außerhalb dieser Uhrzeiten an Terminen und Besprechungen teilzunehmen, wenn diese rechtzeitig angekündigt werden.

§3. Kündigung und Vergütung

- (1) Erfolgt eine Vertragskündigung, ist vom AG nur die Vergütung der tatsächlich erbrachten Leistungen zu tätigen.
- (2) Leistungen, die nicht vom AN erbracht wurden, auch wenn diese bereits bestellt oder bezuschlagt wurden, sind vom AG nicht zu vergüten.
- (3) Es obliegt dem AN, den Nachweis für tatsächlich erbrachte Leistungen zu erbringen.
- (4) Nach Vertragskündigung durch den AG hat der AN innerhalb von 30 Tagen die Schlussrechnung zu stellen. Es gelten die vertraglich vereinbarten Zahlungsfristen.
- (5) Sollte der AN innerhalb der 30 Tage keine Schlussrechnung dem AG zusenden, ist der AG berechtigt, die Summe der Schlussrechnung zu schätzen. Die Schätzung hat der AG dem AN zu kommunizieren.
- (6) Der AN muss die Schätzung der Schlussrechnung innerhalb von 3 Werktagen bestätigen oder ablehnen. Bei Bestätigung ist die Schlussrechnung spätestens nach drei Werktagen an den AG zu versenden.
- (7) Sollte der AN die Schätzung gemäß Abs. 6 ablehnen, muss der AN seine Schlussrechnung innerhalb von 5 Werktagen dem AG zusenden. Sollte der AN innerhalb der 5 Werktagen keine Schlussrechnung dem AG zusenden,

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]

[261-25-EK2]

wird automatisch die Schätzung der Schlussrechnungshöhe des AG als wirksam von beiden Parteien angesehen.

- (8) Der AG ist berechtigt, nicht erbrachte Leistungen aus den Teil- und Schlussrechnungen zu streichen. Des Weiteren können etwaige Vertragsstrafen und Pönalen, die der AG fordert, aus den Teil- und Schlussrechnungen abgezogen werden.

§4. Ausführungsfristen, Vertragsstrafe

- (1) Wird eine vertragliche Fertigstellungsfrist aus Gründen, die der AN und / oder seine Erfüllungsgehilfen zu vertreten haben, nicht eingehalten, hat der AN eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,15 % der Nettoauftragssumme der durch den AN zu stellenden Schlussrechnung für jeden angefangenen Werktag der Verspätung zu zahlen. Die hierbei maximal verwirkte Vertragsstrafe ist auf einen Betrag in Höhe von 5 % der gesamten vom AN abzurechnenden Summe der jeweiligen Bestellung begrenzt. Die Vertragsstrafe wird von der Schlussrechnung abgezogen.
- (2) Die Vertragsstrafen dürfen summiert nicht die Höhe von 5 % gemäß Abs. 1 überschreiten.

§5. Auftragsbestätigung

Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass ausschließlich die Bedingungen des AG gelten. Abweichende Regelungen in der Auftragsbestätigung sowie den eingereichte Vergabeunterlagen sind automatisch unwirksam.

§6. Rechnungserstellung

- (1) Es müssen jeweils zwei separate Rechnungen vom AN gestellt werden.
- (2) Für den Bereich der Schiene (Kapitel „1 – Schiene“ im Preisblatt) ist der Rechnungsempfänger die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
- (3) Für den Bereich der Straße (Kapitel „2 – Straße“ im Preisblatt) ist der Rechnungsempfänger die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

§7. Pauschalpreis

- (4) Es wird ein Pauschalangebot in Anlehnung an die HOAI vereinbart. Etwaige Honoraranpassungen sind ausgeschlossen.
- (5) Etwaige Nachträge, die vom AN in Anlehnung an die HOAI erstellt werden, werden, als Pauschalangebot gemäß Abs. 1 durch den AG beauftragt.
- (6) Sollte die Bearbeitungszeit einzelner beauftragter Abrufstufen – ohne Verschulden des AN – des vereinbarten Terminplanes um mehr als 6 Monate überschreiten, kann der AN eine Erhöhung der derzeitigen Abrufstufe gemäß der Erhöhung des TVöD im Forderungsjahr fordern.
- (7) Eine erneute Preisanpassung kann vom AN gefordert werden, wenn der Bearbeitungszeitraum der Abrufstufe um weitere 12 Monate nach der letzten Erhöhung überschreitet.
- (8) Sollten etwaige noch nicht beauftragte Abrufstufen durch den AG bestellt werden und die Bestellung sich um mehr als sechs Monate verglichen zum abgestimmten Terminplan verzögern, ist der AN berechtigt, solange die

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]

[261-25-EK2]

sechs Monate Verzögerung ohne Verschulden des AN auftraten, eine Erhöhung gemäß der Preisgleitklausel (TVöD Erhöhung im Forderungsjahr) zu fordern. Nach einer Erhöhung müssen der AG und der AN für alle Abrufstufen einen neuen Terminplan ausmachen.

- (9) Für Stundenlohnarbeiten kann der AN alle zwei Jahre eine Anpassung gemäß der Erhöhung des TVöD im Forderungsjahr fordern.

§8. Stufenweise Beauftragung Schiene:

- (1) Der AG wird den Auftrag stufenweise vergeben.

Folgende Leistungsstufen sind vorgesehen:

Stufe 1: Leistungsphase 1-2 (Grundlagenermittlung bis Vorplanung) sowie den anteiligen Besonderen Leistungen.

Stufe 2: Leistungsphase 3-4 (Entwurfsplanung bis Genehmigungsplanung) sowie den anteiligen Besonderen Leistungen

Stufe 3: Leistungsphasen 5–7 (Ausführungsplanung, Vorbereitung der Vergabe, Mitwirkung bei der Vergab) sowie den anteiligen Besonderen Leistungen und die Bauvermessung

Stufe 4: Erweiterung des Maßnahmenbereichs Schiene für die Leistungsphasen 3 und 4

Stufe 5: Erweiterung des Maßnahmenbereichs Schiene für die Leistungsphasen 5 und 7

- (2) Die Stufen 3 bis 5 werden einzeln nach Bedarf durch den AG beauftragt.
- (3) Der AG beauftragt den AN mit Zuschlagserteilung die Stufe 1 sowie Stufe 2 wie oben beschrieben.
- (4) Der Auftraggeber behält sich vor, bei Fortsetzung der Planung und Durchführung der Baumaßnahme die weiteren Leistungsstufen abzurufen. Der Abruf erfolgt durch die Erweiterung der ursprünglichen Bestellung.
- (5) Der AG ist in seiner Entscheidung über eine Weiterbeauftragung frei. Ein Anspruch auf Abruf besteht nicht.
- (6) Der AG behält sich vor einzelne Leistungen nicht zu beauftragen oder in anderer Reihenfolge zu beauftragen.
- (7) Im Falle einer Übertragung weiterer Leistung gelten die Bedingungen dieser Vergabeunterlagen. Aus der stufen- oder abschnittswisen Vergabe kann der AN keine Erhöhung seines Honorars oder andere Ansprüche ableiten.

§9. Stufenweise Beauftragung Straße:

- (8) Der AG wird den Auftrag stufenweise vergeben.

Folgende Leistungsstufen sind vorgesehen:

Stufe 1: Leistungsphase 1-2 (Grundlagenermittlung bis Vorplanung) sowie den anteiligen Besonderen Leistungen.

Stufe 2: Leistungsphase 3-5 (Entwurfsplanung bis Genehmigungsplanung) sowie den anteiligen Besonderen Leistungen

Stufe 3: Leistungsphasen 6 (Vorbereitung der Vergabe) sowie den anteiligen Besonderen Leistungen.

Stufe 4: Leistungsphasen 7 (Mitwirkung bei der Vergab) sowie den anteiligen Besonderen Leistungen.

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]

[261-25-EK2]

Stufe 5: Leistungsphasen 8 (Bauoberleitung) sowie den anteiligen Besonderen Leistungen.

- (9) Die Stufen 2 bis 5 werden einzeln nach Bedarf durch den AG beauftragt.
- (10) Der AG beauftragt den AN mit Zuschlagserteilung mit der Stufe 1 (Leistungsphase 1-2 sowie zu den genannten Leistungsphasen anteilig die besonderen Leistungen), wie oben beschrieben.
- (11) Der Auftraggeber behält sich vor, bei Fortsetzung der Planung und Durchführung der Baumaßnahme die weiteren Leistungsstufen abzurufen. Der Abruf erfolgt durch die Erweiterung der ursprünglichen Bestellung.
- (12) Der AG ist in seiner Entscheidung über eine Weiterbeauftragung frei. Ein Anspruch auf Abruf besteht nicht.
- (13) Der AG behält sich vor einzelne Leistungen nicht zu beauftragen oder in anderer Reihenfolge zu beauftragen.
- (14) Im Falle einer Übertragung weiterer Leistung gelten die Bedingungen dieser Vergabeunterlagen. Aus der stufen- oder abschnittswisen Vergabe kann der AN keine Erhöhung seines Honorars oder andere Ansprüche ableiten.

§10. Zusätzliche Leistungen

- (1) Folgende Positionen aus dem Preisblatt werden nicht durch den AG mit der Beauftragung der Stufen aus Schiene und/oder Straße beauftragt.

- (2) Im Beauftragungspaket der Schiene sind das folgende Pos.

- **1.1.6.8.1** - Übertragung der vorliegenden Planungen der Varianten 2d, 2e und 3 von PDF in Zeichnungsdatenformat auf Basis der Bestandsdaten oder Zeichnungsdaten der übrigen Varianten (vgl. dazu auch Punkt 8 Anlagen/Unterlagen)

- (3) Im Beauftragungspaket der Straße sind das folgende Pos.

- **2.1.6.15.1** - Zusammenstellung der Unterlagen für die Programmanmeldung LGVFG-Antrag. Für die Verkehrsanlagen Straßenbahn wird eine separate Programmanmeldung durchgeführt.
- **2.1.6.15.2** - Abstimmung und Erstellung einer Bauphasen- bzw. Bauablaufplanung, incl. Terminplanung sowie Abstimmung mit allen betroffenen Stellen der rnv und der Stadt (gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg)
- **2.1.6.15.3** - Erstellung von groben Verkehrsführungsplänen für die Bauausführung (in einem ersten Schritt ist das Verkehrsführungskonzept zu erstellen und mit der Stadt Heidelberg und weiteren Beteiligten abzustimmen)
- **2.1.6.15.4** - Erstellung Stellungnahme zum Sicherheitsaudit bzw. Anpassung der Planung nach Sicherheitsaudit.

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]
[261-25-EK2]

- **2.2.8.5.1** - Es sind für jede Bauphase Verkehrssicherungspläne sowie Umleitungspläne für alle betroffenen Verkehrsteilnehmer (IV und ÖPNV) zu erstellen. Die Verkehrssicherungs- und Umleitungspläne sind mit der Stadt Heidelberg – Amt für Mobilität, Amt für Abfallwirtschaft, Feuerwehr und Polizei abzustimmen und vor der Veröffentlichung der Bauausschreibung freigeben zulassen.
- **2.2.8.5.2** - Erstellung der endgültigen Markierungs- und Verkehrszeichenpläne einschließlich Abstimmung mit der Stadt Heidelberg.
- **2.2.8.5.3** - Abstimmung und Erstellung einer detaillierten Bauphasen- bzw. Bauablaufplanung, incl. Terminplanung sowie Abstimmung mit allen betroffenen Stellen der rnv und der Stadt Heidelberg. Falls sich die Stadtbetriebe und die Stadtwerke Heidelberg an der Gesamtbaumaßnahme beteiligen, sind die Arbeiten der Leitungsträger im Bauphasen- bzw. Bauablaufkonzept zu berücksichtigen (gemeinsame Leistung für rnv und Stadt Heidelberg).
- **2.2.8.5.4** - Erstellung eines LGVFG-Antrags incl. der durch den Auftraggeber zur Verfügung gestellten Fachplanungen Dritter. Für die Verkehrsanlagen Straßenbahn wird ein separater Zuwendungsantrag gestellt.
- **2.2.8.5.5** - Erstellung von Leerverrohrungsplänen für LSA.
- **2.2.8.5.6** - Einholung einer Aufgrabungsgenehmigung.
- **2.2.8.5.7** - Dokumentationen aller Abstimmungen in Form von Protokollen (max. eine Woche nach Termin)
- **2.2.8.5.8** - Übernahme der Anforderungen zum Wurzelschutz eines Fachplaners.
- **2.2.8.5.9** - Erstellung Stellungnahme zum Sicherheitsaudit bzw. Anpassung der Planung nach Sicherheitsaudit.
- **2.4.4.2.1** - Protokoll der Bietergespräche

(4) Die aufgezählten Positionen werden nur einzeln durch den AG beauftragt.

§11. Dokumentation

- (1) Für alle Besprechungen zwischen der rnv und dem AN während der Vertragslaufzeit ist ein Protokoll durch den AN zu erstellen. Das jeweilige

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]

[261-25-EK2]

ergebnisorientierte Protokoll ist der rnv binnen einer Woche zur Freigabe vorzulegen. Eventuelle Festlegungen in diesen Protokollen erhalten mit der Freigabe der rnv Verbindlichkeit. Mündliche Vereinbarungen sind nicht wirksam.

- (2) Der AN bereitet jede Projektbesprechung in Abstimmung mit dem Projektleiter der rnv mit einer Agenda vor, in der auch der Teilnehmerkreis genannt ist.

§12. Mitwirkung Dritter

- (1) Die rnv ist jederzeit berechtigt, Berater, Projektkoordinatoren und/oder Gutachter einzusetzen und diese mit der Vertretung ihrer Interessen zu betrauen.

§13. Geistiges Eigentum

Zusätzlich zu §5 der „Allgemeine Vertragsbedingungen für Architekten- und Ingenieurleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“ wird Folgendes vereinbart:

- (1) Der AN räumt dem AG das ausschließliche uneingeschränkte Nutzungsrecht an sämtlichen Arbeitsergebnissen und den daran bestehenden Rechten sowie an den bei Durchführung des Vertrages entstehenden inländischen Schutzrechten, Schutzrechtsanmeldungen, Erfindungen und sonstigen Neuerungen und Verbesserungen, übertragbaren Benutzungsrechten, Konstruktionsunterlagen, Verfahren und Unterlagen, ein. Dieses Nutzungsrecht umfasst auch das Recht zur Bearbeitung und sonstigen Änderung, zur Verbreitung, zum Vortrag, zur Wiedergabe und der Zurverfügungstellung.
- (2) Der AG ist berechtigt, dass ihm eingeräumte Nutzungsrecht an Dritte zu übertragen.
- (3) Dem AG verbundene Unternehmen (Bsp. Muttergesellschaften) sind vollumfänglich berechtigt, die Unterlagen nach deren Ermessen zu nutzen.

§14. Anforderungen-, Kontroll- und Informationsrechte des Auftraggebers

- (1) Der AG ist berechtigt, die dem AN übertragenen Leistungen selbst oder durch beauftragte Dritte zu überwachen. Der AN und dessen Projektbeteiligte sind verpflichtet, den mündlichen und schriftlichen Anforderungen innerhalb des Projektes des AG zur Ausführung der Arbeit Folge zu leisten.
- (2) Der AN ist gehalten, dem AG auf dessen Anforderung unverzüglich und jederzeit sämtliche Informationen im Zusammenhang mit der Vertragsdurchführung zu erteilen und Einsicht in sämtliche die Vertragsdurchführung betreffende Unterlagen zu gewähren und diese dem AG zu übergeben. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf elektronisch gespeicherte Daten.
- (3) Der AN hat den AG unverzüglich und unaufgefordert schriftlich darüber zu unterrichten, wenn gegen ihn bzw. seine Mitarbeiter und/oder etwaige Unterauftragnehmer bzw. deren Mitarbeiter behördliche Verfügungen,

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]

[261-25-EK2]

Bußgeldbescheide, Strafbefehle oder Urteile ergehen, die im Zusammenhang mit den vom AN zu erbringenden vertraglichen Leistungen stehen bzw. auf diese Auswirkungen haben können. Entsprechendes gilt für behördliche und/oder staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren.

- (4) Der AN hat sicherzustellen, dass er bzw. seine Mitarbeiter jederzeit im Besitz der unter Umständen erforderlichen behördlichen Genehmigungen ist/sind. Etwa hierdurch entstehende Kosten hat der AN zu tragen.

§15. Haftung und Freistellungsverpflichtung des Auftragnehmers

- (1) Der AN verpflichtet sich, die Leistungen gemäß den Vorgaben der Leistungsbeschreibung durchzuführen. Er trägt die sich aus der Leistungserbringung ergebende Gefahr.
- (2) Der AN haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Die Haftung des AG ist im Falle einfacher Fahrlässigkeit bei der Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten ausgeschlossen und im Falle der Fahrlässigkeit im Übrigen auf den vorhersehbaren und vertragstypischen Schaden beschränkt. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, ohne deren Erfüllung der Zweck des Vertrages gefährdet ist bzw. auf deren Einhaltung der Vertragspartner vertrauen darf. Dies gilt jedoch nicht im Falle der Verletzung von Leben, Leib und Gesundheit.
- (4) Schäden von Gesellschaften der rnv-Gruppe kann der AG wie eigene Schäden gegenüber dem AN geltend machen.
- (5) Der AN stellt den AG von sämtlichen zivil- und/oder öffentlich-rechtlichen Ansprüchen bzw. den Folgen einer Inanspruchnahme durch Dritte frei, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der vom AN übernommenen Leistungen erhoben werden.

§16. Mitarbeiterwechsel

- (1) Sollte während der Projektbearbeitung Projektmitarbeiter oder der Projektleiter des AN aus dem Projekt ausscheiden, muss der AN diese mit adäquatem Personal ersetzen. Hierbei müssen diese Mitarbeiter die in den Vergabeunterlagen geforderten Eignungen nachweisen können.
- (2) Der Eignungsnachweis ist unverzüglich nach Einbringen des Mitarbeiters ins Projekt an den AG zu senden.
- (3) Der AG ist berechtigt, Personal, das die geforderten Eignungsnachweise nicht erfüllt, abzulehnen.
- (4) Wenn der AG Personal vom AN ablehnt, ist der vertraglich vereinbarte Zeitplan weiterhin durch den AN einzuhalten.

§17. Sicherheitsleistungen

- (1) Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Leistungen aus dem Vertrag ist in Höhe von 5% der Auftragssumme (exkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten. Die Sicherheit kann ausschließlich durch Bürgschaft geleistet werden. Diese Bürgschaft ist innerhalb von zwei Wochen nach Vertragsschluss der rnv vorzulegen. Der AN trägt die alleinigen Kosten für

[Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung]

[261-25-EK2]

die Bürgschaftserstellung. Die Bürgschaftsurkunde muss folgende Erklärungen des Bürgen enthalten:

- (2) Der Bürge übernimmt für den AN die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- (3) Auf die Einreden der Vorausklage gemäß §771 BGB wird verzichtet.
- (4) Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- (5) Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung.
- (6) Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrags getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem AG und dem AN sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- (7) Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Mannheim.

§18. Salvatorische Klausel

Sollten die Bestimmungen dieses Vertrages und/oder der diesem Vertrag beigefügten Verträge ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt werden. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Vertragsparteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt haben würden, sofern sie bei Abschluss dieses Vertrages den Punkt im Hinblick auf die Rechtswirksamkeit und Durchführbarkeit bedacht hätten. Entsprechendes gilt bei etwaigen Lücken des Vertrages.

Allgemeine Vertragsbedingungen für Architekten- und Ingenieurleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe

1. Allgemeine Pflichten des Auftragnehmers

- 1.1. Die Leistungen des Auftragnehmers (im Folgenden auch „AN“ genannt) müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den einschlägigen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen sowie den örtlichen Verhältnissen angemessen Rechnung tragen.
- 1.2. Der AN hat die gesetzlichen Bestimmungen und die Verwaltungsvorschriften für das öffentliche Bauwesen in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Er hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob seinen Leistungen öffentlich-rechtliche Bedenken oder Hindernisse entgegenstehen.
- 1.3. Der AN hat seinen Leistungen die schriftlichen Anordnungen und Anregungen des Auftraggebers (im Folgenden auch „AG“ genannt) zugrunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Die Leistungsanforderungen an den AN werden durch die Sach- und Fachkunde des AG nicht gemindert. Er hat seine Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem AG und den anderen fachlich Beteiligten (vgl. Ziffer 2.) abzustimmen.
- 1.4. Etwaige Forderungen von Dritten, insbesondere von Trägern öffentlicher Belange, hat der AN unverzüglich nach Kenntnis dem AG schriftlich mitzuteilen.
- 1.5. Die Haftung des AN für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird nicht durch Anerkennung oder Zustimmung des AG eingeschränkt.
- 1.6. Nicht vereinbarte Leistungen, die der AG zur Herstellung der baulichen Anlage fordert, hat der AN mit zu übernehmen, soweit sein Betrieb hierauf eingerichtet ist. Die Vergütung hierfür hat der AN vor Leistungsbeginn mit dem AG schriftlich zu vereinbaren. Das Gleiche gilt für Änderungen der vereinbarten Leistung. In solchen Fällen richtet sich das Honorar nach den Ermittlungsgrundlagen der vereinbarten Leistung. Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen bei unveränderter Aufgabenstellung und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen begründen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung.
- 1.7. Wird erkennbar, dass ein vorgegebener Kostenrahmen nicht ausreicht, so hat der AN den AG über die voraussichtlichen Mehrkosten unverzüglich zu unterrichten und mögliche Einsparungen aufzuzeigen. Der AN darf ihm übertragene Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG weitergeben.

- 1.8. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren.

2. Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten

- 2.1 Der AG unterrichtet den AN rechtzeitig über die Leistungen, die andere fachlich Beteiligte zu erbringen haben, und über die mit diesen vereinbarten Termine und Fristen.
- 2.2 Der AN ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
- 2.3 Wenn während der Ausführung der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem AN und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der AN unverzüglich schriftlich die Entscheidung des AG herbeizuführen.
- 2.4 Der AN hat den AG umfassend und fortlaufend über den Stand der Planung und die planerischen Alternativen zur Realisierung der vereinbarten Ziele zu unterrichten, Auskunft über den vorgesehenen Bauablauf zu erteilen, sich mit ihm zu beraten und sich an den Vorgaben und Weisungen des AG auszurichten.

3. Vertretung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer

- 3.1 Der AN ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des AG im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Er hat den AG unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Bauausführung beauftragte Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt dem AG. Der AN hat den AG bei der Geltendmachung seiner Ansprüche zu unterstützen.

- 3.2 Den AG bindende Erklärungen, insbesondere solche mit finanziellen Verpflichtungen, darf der AN nicht abgeben. Dies gilt auch für den Abschluss, die Änderung und Ergänzung von Verträgen sowie für die Vereinbarung neuer Preise.
- 3.3 Der AN darf unbeschadet Ziffer 2 Abs. 2 Dritten ohne Einwilligung des AG keine Unterlagen aushändigen und keine Auskunft geben, die sich auf die Baumaßnahme beziehen.

4. Herausgabeanspruch des Auftraggebers

- 4.1 Die vom AN zur Erfüllung des Vertrages angefertigten Unterlagen, inklusive digitalen und analogen Plänen, Zeichnungs-/CAD-Dateien und digitale Datenträger, sind an den

AG jederzeit auf Verlangen, jedoch spätestens mit Stellung der Schlussrechnung herauszugeben und werden Eigentum des AG.

- 4.2 Die dem AN überlassenen Unterlagen sind dem AG spätestens nach Erfüllung des Auftrags unaufgefordert zurückzugeben.
- 4.3 Zurückbehaltungsrechte des AN sind ausgeschlossen, es sei denn sie beruhen auf unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen.

5. Urheberrecht

- 5.1 Der AG darf die Unterlagen für die in der Bestellung genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung des AN nutzen und ändern. Dasselbe gilt für das ausgeführte Werk.
- 5.2 Der AG hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des AN.
- 5.3 Der AN bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG.
- 5.4 Der AN haftet dafür, dass die von ihm erbrachten Leistungen frei von Rechten Dritter, insbesondere von Urheberrechten, gewerblichen Schutzrechten etc., sind, die die Nutzung der Leistung durch den AG ausschließen oder einschränken. Wird die vertragsgemäße Nutzung durch Schutzrechtsverletzungen Dritter beeinträchtigt oder untersagt, ist der AN verpflichtet, nach seiner Wahl entweder die Leistung in der Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass die Schutzrechtsverletzung entfällt, gleichwohl aber den vertraglichen Bedingungen entspricht, oder das Nutzungsrecht zu erwirken, sodass die Leistungen vom AG uneingeschränkt und ohne zusätzliche Kosten vertragsgemäß genutzt werden können.

Der AN stellt den AG auf erstes Anfordern von den Ansprüchen frei, die ein Dritter wegen Verletzung von Schutzrechten gegenüber dem AG geltend macht. Der AG ist verpflichtet, den AN unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn gegen ihn Ansprüche wegen Verletzung von Schutzrechten geltend gemacht werden.

6. Kostenbegriffe

Die im Zusammenhang mit der Ermittlung der anrechenbaren Kosten verwendeten Begriffe sind wie folgt zu verstehen:

- Die *vorläufige Kostenannahme* dient zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses der grob überschlägigen Ermittlung der Gesamtkosten anhand entsprechender Erfahrungswerte oder typisierender Kennwerte.
- Die *Kostenschätzung* dient zur überschlägigen Ermittlung der Gesamtkosten und ist vorläufige Grundlage der Finanzierungsüberlegungen. Sie ist unter Benutzung von Erfahrungswerten aufzustellen.
- Die *Kostenberechnung* dient zur Ermittlung der angenäherten Gesamtkosten und ist Grundlage für die erforderliche Finanzierung. Sie ist unter Zugrundelegung der bei der Entwurfsbearbeitung im Einzelnen ermittelten Mengen und den dazugehörigen Einzelkosten aufzustellen.
- Der *Kostenanschlag* dient zur Ermittlung der tatsächlich zu erwartenden Gesamtkosten durch die Zusammenstellung von Auftragnehmerangeboten, Eigenberechnungen sowie anderen für das Baugrundstück und ggf. die vorausgehende Planung bereits entstandenen Kosten.
- Die *Kostenfeststellung* ist der Nachweis der tatsächlich entstandenen Kosten. Hierzu sind alle nachgewiesenen und durch Abrechnungsbeleg belegten Kosten zu ordnen und zusammenzufassen.

7. Zahlungen

- 7.1 Die Schlusszahlung für die Leistungen wird 30 Tage nach Zugang der prüfbaren Schlussrechnung fällig, wenn die für die Berechnung des Honorars maßgebenden anrechenbaren Kosten feststehen und der AN sämtliche Leistungen aus dem Auftrag erfüllt hat. Alle Rechnungen einschließlich Nachweise für Nebenkosten sind im Original mit jeweils zwei Durchschriften einzureichen. Abschlagsrechnungen werden vom AG nur auf Basis gemeinsam erstellter und von beiden Seiten anerkannter Aufmaße akzeptiert. Für die Fristen der Rechnungserstellung des AN, insbesondere die Ausstellung einer Schlussrechnung, gilt die gesetzliche Vorschrift des § 14 UStG.
- 7.2 Wird nach Annahme der Schlusszahlung festgestellt, dass die Vergütung abweichend vom Vertrag oder aufgrund unzutreffender anrechenbarer Kosten ermittelt wurde, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Das Gleiche gilt bei Aufmaß-, Rechen- und/oder Übertragungsfehlern. AG und AN sind verpflichtet, sich die danach ergebenden

Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

- 7.3 Im Falle der Überzahlung ist der AN verpflichtet, den überzahlten Betrag zu erstatten. Der zu erstattende Betrag ist vom Empfang der Zahlung an mit 5% p. a. über dem Basiszinssatz für das Jahr zu verzinsen, es sei denn, es werden höhere oder geringere gezogene Nutzungen nachgewiesen.

8. Kündigung

- 8.1 Der AG kann bis zur Vollendung der beauftragten Leistung den Auftrag jederzeit kündigen.
- 8.2 Vergütet werden nur die bis zum Tag der Kündigung nachweislich erbrachten Leistungen.

9. Haftung und Verjährung

- 9.1 Gewährleistungs- und Schadensersatzansprüche des AG richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.
- 9.2 Die Ansprüche des AG aus dem Vertrag verjähren nach fünf Jahren. Die Verjährungsfrist beginnt mit der schriftlichen Erklärung des AG, dass die Leistungen vertragsgemäß erbracht sind, spätestens mit Anweisung der Schlusszahlung. Für Schadensersatzansprüche des AG wegen Pflichtverletzungen des AN nach den §§ 280 BGB ff. gelten die gesetzlichen Verjährungsfristen.

10. Haftpflichtversicherung

- 10.1 Der AN schließt eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von € 3 Mio. für Sach- und Vermögensschäden sowie über € 2 Mio. für Personenschäden ab.
- 10.2 Der AN ist verpflichtet, einen entsprechenden Nachweis hierüber sowohl bei der Auftragserteilung als auch während der Projektbearbeitung auf Verlangen des AG vorzulegen.
- 10.3 Der AN ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht (mehr) besteht.

11. Erfüllungsort, Gerichtsstand

11.1 Erfüllungsort für die Leistungen des AN ist die Baustelle, soweit diese Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz des AG.

11.2 Gerichtsstand ist Sitz des AG.

12. Arbeitsgemeinschaft

12.1 Sofern eine Arbeitsgemeinschaft AN ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, in der Bestellung genannte Mitglied die Federführung. Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dem AG gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber dem AG unwirksam.

12.2 Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.

12.3 Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für den AG ausschließlich an den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

13. Schriftform, anwendbares Recht

13.1 Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für den Verzicht auf die Schriftform.

13.2 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Stand Januar 2024



PDF-Versand und Qualitätsanforderungen für Eingangsrechnung

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

im Rahmen der Optimierung unserer Buchhaltungsprozesse möchten wir Ihnen, wie auch uns, zukünftig den Papierversand Ihrer Rechnungsdokumente ersparen. Sie unterstützen uns bei diesen Bemühungen, in dem Sie Ihre **Rechnungen und Rechnungskorrekturen** ab sofort **im PDF-Format** per Email übermitteln und uns hierdurch auch helfen die Bearbeitungszeit Ihrer Rechnungen zu reduzieren.

Damit auch Sie diese Vorteile nutzen können, bitten wir Sie die Hinweise und Anforderungen, sowie die Qualitätsstandards in beigefügter Übersicht zwingend zu beachten und Ihre Dokumente ausschließlich an das, für die jeweilige Gesellschaft freigegebene Postfach zu versenden. Bitte Berücksichtigen Sie, dass eine Abweichung von unseren Anforderungen und Qualitätsstandards zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung und Begleichung führen kann.

Dieses Schreiben stellt bis auf Widerruf, die schriftliche Zustimmung der RNV, sowie der in beiliegender Übersicht genannten Gesellschaften zum Empfang von PDF-Rechnungen dar.

Im Falle weiterer Fragen zum PDF-Versand, beantworten wir Ihnen diese unter der Email-Adresse: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Kreditorenbuchhaltung

Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

mit dem Versand Ihrer Rechnung per PDF entscheiden sie sich für eine schnelle und effiziente Art der Übermittlung.

Hierdurch wird der Prozess der Rechnungsverarbeitung verkürzt und eine termingerechte Zahlung ermöglicht.

Bei Nutzung des Rechnungsversands per PDF beachten Sie bitte die im folgenden aufgeführten Anforderungen und Qualitätsstandards.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Anforderungen an den PDF-Rechnungsversand

Wenn Sie den elektronischen Rechnungsversand im PDF Format nutzen wollen, bestehen folgende Anforderungen:

Dateiformat:

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung **.pdf** akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (:*?/"><) im Dateinamen

Dateiinhalt:

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

Emailversand:

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene Email-Adresse. **Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.**
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige Email-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte an: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Rechnungs- und Email-Adressen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_RNV@rnv-online.de

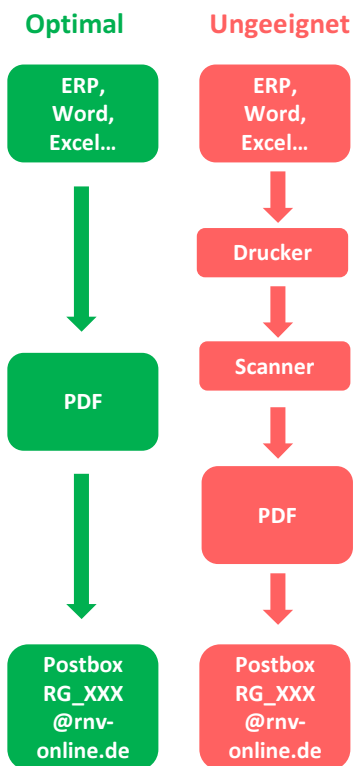
MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_MV@rnv-online.de

Anforderungen an die Rechnungsqualität

Erstellungsprozess für PDF-Rechnungen

Optimaler Weise erstellen Sie das PDF-Dokument direkt aus einem Programm (ERP, Word, Excel,...) und **nicht** aus einem gescannten Papierdokument.



Qualitätsanforderungen an eine Rechnung

Als Voraussetzung für eine schnelle Bearbeitung und Begleichung einer Rechnung, stellt die Rechnungsqualität einen entscheidenden Faktor dar. Unterstützen Sie daher die Verbesserung der Rechnungsverarbeitungszeiten in dem Sie die folgenden **Mindestanforderungen** beachten:

- Korrekte und vollständige Rechnungsanschrift der beauftragenden Gesellschaft
- Angabe der korrekten RNV-Bestellnummer
- Rechnungsdetails (Menge, Preis, Bezeichnung, Zahlungsbedingung,...) und Abrechnungsweise entsprechen der zugehörigen Bestellung
- Es wird nur eine Bestellung je Rechnung abgerechnet
- Ausweis von Netto-, Steuer- und Bruttobetrag
- Angabe der Währung
- Ausweis des Liefer- / Leistungsdatums
- Ihre Umsatzsteuer-ID ist enthalten
- Ihre Bankverbindung (IBAN + BIC) ist angegeben
- Keine handschriftlichen Angaben
- Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, sollte möglichst ein weißer Rechnungshintergrund gewählt werden

Für den Ausnahmefall einer Rechnung ohne Bestellung geben Sie bitte den vollständigen Namen, sowie die Email-Adresse des Anforderers an.

Beispielrechnung

Entsprechend dem RNV-Qualitätsstandard

Rechnung	
Rechnungsdatum: 01.10.2020 Rechnungsnummer: RG123456	
Rechnungsanschrift: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH Möhlstraße 27 68165 Mannheim	
RNV-Bestellnummer: 4xxxxxxxxx	
Bezeichnung, Menge, Preis, Lieferschein, Positionsbetrag, ...	
Liefer- / Leistungsdatum: 30.09.2020	
Zahlungsbedingung: 30 Tage netto	Netto: 1.000,00 EUR MwSt 16 %: 160,00 EUR Gesamt: 1.160,00 EUR
IBAN: DExx xxxx xxxx xxxx xx BIC: xxxxxxxxxxxx	Ust.ID: DE123456789

Verfahren: 261-24-EK2 - Gleis- und Straßenerneuerung in der Berliner Straße mit barrierefreiem Ausbau von zwei Haltestellen in Heidelberg - Verkehrsanlagenplanung

EIGNUNGSKRITERIEN

1	Allgemeine Angaben Gewichtung: 0,00%
1.1	Erklärung Insolvenz [Mussangabe] Ausschlusskriterium Ich/wir erkläre(n), dass für mein/unser Vermögen kein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden ist. (keine Weiterführung der Geschäfte durch Insolvenzverwalter - § 22 InsO). <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
1.2	Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe] Ausschlusskriterium Ich erkläre, daß ich meiner/wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einschließlich der Unfallversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind. <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
1.3	Erklärung des Bewerbers [Mussangabe] Ausschlusskriterium Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat. <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
1.4	No-Spy-Erklärung [Mussangabe] Ausschlusskriterium Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen. Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen. Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte. Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden. <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
2	Eigenerklärung zum nichtvorliegen von Ausschlussgründen Gewichtung: 0,00%

2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

2.1.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/Bieters/des Mitglieds der Bewerber-/Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.1.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als 5 Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen ist.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.1.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.2 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB

Gewichtung: 0,00%

2.2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber

auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.2.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:
Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.2.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:
Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.2.4 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.3 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

2.3.1 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befinden.

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,

- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,

- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,

- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,

- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,

- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,

- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.3.2 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.3.3 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag des betreffenden Ereignis weniger als drei Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.4 Erklärung gem. §124 Abs. 2 GWB

Gewichtung: 0,00%

2.4.1 Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund gemäß § 19 MiLoG vorliegt

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.4.2 Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.4.3 Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vorliegt.

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.4.4 Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.5 Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

Gewichtung: 0,00%

2.5.1 Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wir bestätigen, dass das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter handelt?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3 Erklärungen zu Nachweisen

Gewichtung: 0,00%

3.1 Übersicht über beizufügende Nachweise

Folgende Nachweise / Angaben / Informationen sind beizufügen:
- Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate)

3.2 Handelsregistrauszug

Gewichtung: 0,00%

3.2.1 Handelsregistrauszug [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) ist als Anlage beigelegt

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2.2 Wenn Handelsregistrauszug nicht beigelegt

Ausschlusskriterium

Wenn ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) nicht beigelegt ist:
Wurde ein solcher beantragt, ist der Nachweis über die Beantragung beigelegt und wird dieser unmittelbar nach Vorliegen unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachgereicht?

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

Gewichtung: 0,00%

4.1 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht

Der Bewerber/ Die Bergwerksgemeinschaft muss unverzüglich nach Zuschlagserteilung über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, die über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht erhalten bleiben muss. Die Deckungssumme dieser Versicherung muss je Schadensfall mindestens betragen:

- € 3 Mio. für Sach- und Vermögensschäden,
- € 2 Mio. für Personenschäden,

jeweils mind. 2-fach maximiert p.a.

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt

der Bewerber eine entsprechende Eigenerklärung ab und reicht den entsprechenden Nachweis ein.

Im Falle der Bewerbergemeinschaft ist der Nachweis durch jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

Achtung: Bitte beachten Sie, dass ein Nachfordern eines unzureichenden Versicherungsnachweises unzulässig ist und zum Ausschluss des Angebots von der Wertung führt.

4.2 Variante 1 [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Sofern der Bewerber über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung mit mindestens den genannten Deckungssummen je Schadensart bereits verfügt, ist dies hier anzugeben. Der Bewerber hat sich zu vergewissern, dass seine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung tatsächlich die hier geforderten Mindestdeckungssummen vollständig abdeckt. Nur, wenn er dies positiv festgestellt hat, hat er dies hier anzugeben. Zum Nachweis ist die Versicherungsbestätigung mit dem Angebot einzureichen.

Liegt eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung wie vor beschrieben von jedem Bewerber / Mitglied der Bewerbergemeinschaft bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe vor und ist zum Nachweis die Versicherungsbestätigung dem Angebot beigelegt?

☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.3 Variante 2 [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Alternativ: Sofern der Bewerber zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung noch nicht verfügt oder aber sofern die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung nicht die genannten Deckungssummen aufweist, hat der Bewerber zu prüfen, ob ihm im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Sofern das bejaht werden kann, hat er hier anzugeben, dass er in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechenden Nachweis dem Angebot beizufügen.

Der Bewerber / Die Bewerbergemeinschaft ist in der Lage, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung eine wie vor beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung abzuschließen und eine entsprechende Versicherungsbestätigung ist dem Angebot beigelegt?

☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5 Verpflichtungserklärung zu qualifizierten Nachunternehmern

Gewichtung: 0,00%

5.1 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will. Entsprechende Nachweise sind für den qualifizierten Nachunternehmer in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber / Bieter vorzulegen wären. Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Hierzu werden entsprechende Formblätter zur Verfügung gestellt.

5.2 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Nimmt das Unternehmen zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch (Eignungsleihe) und wurden entsprechende ausgefüllte Formblätter

- Formblatt B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe
- Formblatt B.IX.1. - Verpflichtungserklärung von qualifizierten Nachunternehmern

als Anlage bereitgestellt?

☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6 Erklärung erforderliche finanzielle und wirtschaftliche Kapazitäten

Gewichtung: 0,00%

6.1 Erklärung erforderliche Kapazitäten [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft erklärt, dass er über die erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Kapazitäten verfügt, um seinen laufenden finanziellen Verpflichtungen (auch) aus diesem Auftrag ordnungsgemäß nachzukommen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7 Erklärungen zur wirtschaftlichen Lage allgemein u.spezifisch

Gewichtung: 0,00%

7.1 Eigenerklärung zu Umsatz

Gewichtung: 0,00%

7.1.1 Umsatz

Als mittlerer Jahresumsatz muss der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft mind. 1 Mio. Euro erzielt haben.

Umsatz des Bewerbers /der Bewerbungsgemeinschaft in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren der erzielt wurde, d.h. für die Geschäftsjahre, welche in den Jahren [2022, 2023, 2024] abgeschlossen wurden.

Die Umsätze aller Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft werden von der Vergabestelle addiert.

7.1.2 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2022

7.1.3 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Verkehrsanlagenplanungen in EUR netto in 2022

7.1.4 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2023

7.1.5 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Verkehrsanlagenplanungen in EUR netto in 2023

7.1.6 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2024

7.1.7 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbungsgemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Verkehrsanlagenplanungen in EUR netto in 2024

7.1.8 Ggf. Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2022

7.1.9 Ggf. Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Verkehrsanlagenplanungen in EUR netto in 2022

7.1.10 Ggf. Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2023

7.1.11 Ggf. Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Verkehrsanlagenplanungen in EUR netto in 2023

7.1.12 Ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft
Gesamtumsatz in EUR netto in 2024

7.1.13 Ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft
Umsatz in Projekten vergleichbarer Verkehrsanlagenplanungen in EUR netto in 2024

7.2 Eigenerklärung zur Mitarbeiteranzahl

Gewichtung: 0,00%

7.2.1 Mitarbeiteranzahl

Die durchschnittliche technische Mitarbeiteranzahl des Bewerbers/ der Bewerbergemeinschaft ist sowohl im Gesamten als auch spezifisch für vergleichbare Projekte anzugeben.

Das Unternehmen muss mind. 6 technische Mitarbeiter (Ingenieure) vorweisen.

7.2.2 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft
Durchschnittliche technische Gesamtmitarbeiteranzahl in 2022

7.2.3 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft
Durchschnittliche technische Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2022

7.2.4 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft
Durchschnittliche technische Gesamtmitarbeiteranzahl in 2023

7.2.5 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft
Durchschnittliche technische Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2023

7.2.6 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft
Durchschnittliche technische Gesamtmitarbeiteranzahl in 2024

7.2.7 Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft [Mussangabe]

Bewerber / Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft
Durchschnittliche technische Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2024

7.2.8 Ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft
Durchschnittliche technische Gesamtmitarbeiteranzahl in 2022

7.2.9 Ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft
Durchschnittliche technische Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2022

7.2.10 Ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft
Durchschnittliche technische Gesamtmitarbeiteranzahl in 2023

7.2.11 Ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft
Durchschnittliche technische Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2023

7.2.12 Ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft
Durchschnittliche technische Gesamtmitarbeiteranzahl in 2024

7.2.13 Ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft

Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft
Durchschnittliche technische Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2024

8 Erklärungen zur Technischen Leistungsfähigkeit

Gewichtung: 0,00%

8.1 Information zur Technischen Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Teilnahmeantrage Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bewerber zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bewerber hat dazu mindestens 1 Referenzprojekt je Kriterium anzugeben, aus denen sich ergibt, dass der Bewerber in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat.

Mindestanforderung:

A) Mindestens 1 Referenz über die Planung im Bereich der Verkehrsanlagen der Leistungsphasen 1-7 einer Gleis- und Straßenerneuerung (inkl. mind. 2 Haltestellen), das Projektvolumen muss mind. 10 Mio. Euro aufweisen, die Planung muss für den öffentlichen Personennahverkehr (Schiene BOStrab) getätigt worden und aus den letzten 10 Geschäftsjahren sein.

B) Mindestens 1 Referenz über die Durchführung einer Bauvermessung gemäß HOAI Anlage 1, Abs. 1.4.7 für vergleichbare Projekte wie unter A) genannt.

Hinweis: die Leistungsphasen 1-7 müssen nicht in einer Referenz erbracht worden sein. Es können auch mehrere Referenzen eingereicht werden, welche den Mindestanforderungen entsprechen. Es muss nachgewiesen werden, dass über alle eingereichten Referenzen die Leistungsphase 1 bis 7 erbracht wurde.

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an. Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

Sollten Sie eine Bewerbergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben für weitere Mitglieder der Bewerbergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen unter "Bewerbergemeinschaft/Eignungsleihe" anzugeben.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bewerbergemeinschaft verpflichtend. Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

8.2 Referenz A)

Gewichtung: 0,00%

8.2.1 Referenzen Bewerber/ Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

8.2.1.1 Bewerber/ Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

8.2.1.1.1 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.2.1.1.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.1.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten. Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.1.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an. Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.1.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.1.6 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.1.7 Haltestellen [Mussangabe]

Wie viele Haltestellen wurden in dem Referenzprojekt geplant?

8.2.1.1.8 BOStrab [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde die Leistung im BOStrab-Bereich geplant?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.2.1.1.9 Leistungsphasen [Mussangabe]

Welche Leistungsphasen wurden in diesem Referenzprojekt durchgeführt?

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ Leistungsphase 1
- ☐ Leistungsphase 2
- ☐ Leistungsphase 3
- ☐ Leistungsphase 4
- ☐ Leistungsphase 5
- ☐ Leistungsphase 6
- ☐ Leistungsphase 7

Mehrere Antworten wählbar

8.2.1.2 Bewerber/ Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft - Referenz 2 (optional)

Gewichtung: 0,00%

8.2.1.2.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.2.1.2.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.2.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.2.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.2.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.2.7 Haltestellen

Wie viele Haltestellen wurden in dem Referenzprojekt geplant?

8.2.1.2.8 BOStrab

Ausschlusskriterium

Wurde die Leistung im BOStrab-Bereich geplant?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.2.1.2.9 Leistungsphasen

Welche Leistungsphasen wurden in diesem Referenzprojekt durchgeführt?

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ Leistungsphase 1
- ☐ Leistungsphase 2
- ☐ Leistungsphase 3
- ☐ Leistungsphase 4
- ☐ Leistungsphase 5
- ☐ Leistungsphase 6
- ☐ Leistungsphase 7

Mehrere Antworten wählbar

8.2.1.3 Bewerber/ Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft - Referenz 3 (optional)

Gewichtung: 0,00%

8.2.1.3.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.2.1.3.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.3.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.3.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.3.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.1.3.7 Haltestellen

Wie viele Haltestellen wurden in dem Referenzprojekt geplant?

8.2.1.3.8 BOStrab

Ausschlusskriterium

Wurde die Leistung im BOStrab-Bereich geplant?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.2.1.3.9 Leistungsphasen

Welche Leistungsphasen wurden in diesem Referenzprojekt durchgeführt?

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ Leistungsphase 1
☐ Leistungsphase 2
☐ Leistungsphase 3
☐ Leistungsphase 4
☐ Leistungsphase 5
☐ Leistungsphase 6
☐ Leistungsphase 7

Mehrere Antworten wählbar

8.2.2 Referenzen Bewerbungsgemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

8.2.2.1 Referenzen bei Bewerbungsgemeinschaft/Eignungsleihe

Sollten Sie eine Bewerbungsgemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bewerber der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien für die Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bewerbungsgemeinschaft verpflichtend.
Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bewerber benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

8.2.2.2 ggf. Mitglied 2 Bewerbungsgemeinschaft/Eignungsleiher - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

8.2.2.2.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.2.2.2.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.2.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.2.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.2.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.2.7 Haltestellen

Wie viele Haltestellen wurden in dem Referenzprojekt geplant?

8.2.2.2.8 BOStrab

Ausschlusskriterium

Wurde die Leistung im BOStrab-Bereich geplant?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.2.2.2.9 Leistungsphasen

Welche Leistungsphasen wurden in diesem Referenzprojekt durchgeführt?

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ Leistungsphase 1
- ☐ Leistungsphase 2
- ☐ Leistungsphase 3
- ☐ Leistungsphase 4
- ☐ Leistungsphase 5
- ☐ Leistungsphase 6
- ☐ Leistungsphase 7

Mehrere Antworten wählbar

8.2.2.3 ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft/Eignungsleiher - Referenz 2 (optional)

Gewichtung: 0,00%

8.2.2.3.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐] Keine Angabe
☐] Ja
☐] Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.2.2.3.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.3.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.3.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.3.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.3.7 Haltestellen

Wie viele Haltestellen wurden in dem Referenzprojekt geplant?

8.2.2.3.8 BOStrab

Ausschlusskriterium

Wurde die Leistung im BOStrab-Bereich geplant?

- ☐] Keine Angabe
☐] Ja
☐] Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.2.2.3.9 Leistungsphasen

Welche Leistungsphasen wurden in diesem Referenzprojekt durchgeführt?

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐] Leistungsphase 1
☐] Leistungsphase 2
☐] Leistungsphase 3
☐] Leistungsphase 4
☐] Leistungsphase 5
☐] Leistungsphase 6
☐] Leistungsphase 7

Mehrere Antworten wählbar

8.2.2.4 ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft/Eignungsleiter - Referenz 3 (optional)

Gewichtung: 0,00%

8.2.2.4.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.2.2.4.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.4.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.4.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.4.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.4.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.2.2.4.7 Haltestellen

Wie viele Haltestellen wurden in dem Referenzprojekt geplant?

8.2.2.4.8 BOStrab

Ausschlusskriterium

Wurde die Leistung im BOStrab-Bereich geplant?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.2.2.4.9 Leistungsphasen

Welche Leistungsphasen wurden in diesem Referenzprojekt durchgeführt?

Mehrfachnennung ist möglich.

- ☐ Leistungsphase 1
☐ Leistungsphase 2
☐ Leistungsphase 3
☐ Leistungsphase 4
☐ Leistungsphase 5
☐ Leistungsphase 6

8.3 Referenz B)

Gewichtung: 0,00%

8.3.1 Referenzen Bewerber/ Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

8.3.1.1 Bewerber/ Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

8.3.1.1.1 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- [] Keine Angabe
[] Ja
[] Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.3.1.1.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.1.1.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten. Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.1.1.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an. Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.1.1.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.1.1.6 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.1.2 Bewerber/ Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft - Referenz 2 (optional)

Gewichtung: 0,00%

8.3.1.2.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- [] Keine Angabe
[] Ja
[] Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.3.1.2.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.1.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.1.2.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.1.2.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.1.2.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.1.3 Bewerber/ Mitglied 1 Bewerbergemeinschaft - Referenz 3 (optional)

Gewichtung: 0,00%

8.3.1.3.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.3.1.3.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.1.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.1.3.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.1.3.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.1.3.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2 Referenzen Bewerbergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

8.3.2.1 Referenzen bei Bewerbergemeinschaft/Eignungsleihe

Sollten Sie eine Bewerbergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bewerber der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien für die Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bewerbergemeinschaft verpflichtend.
Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bewerber benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

8.3.2.2 ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

8.3.2.2.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.3.2.2.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2.2.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2.2.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2.2.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2.3 ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft - Referenz 2 (optional)

Gewichtung: 0,00%

8.3.2.3.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.3.2.3.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2.3.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2.3.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2.3.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2.4 ggf. Mitglied 2 Bewerbergemeinschaft - Referenz 3 (optional)

Gewichtung: 0,00%

8.3.2.4.1 Mindestanforderung an Referenz

Ausschlusskriterium

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

8.3.2.4.2 Referenzinhaber

Welches Unternehmen (Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2.4.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2.4.4 Leistungszeitraum

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2.4.5 Auftragsvolumen

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

8.3.2.4.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

9 KMU

Gewichtung: 0,00%

9.1 Kleines oder mittleres Unternehmen [Mussangabe]

Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an.

Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt.

Es gelten folgende Grenzen:

Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz

Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz

Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz

Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz

(Bewerbergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bewerbergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

Ich bin/Wir sind ein _____.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Kleinstunternehmen (0)
- ☐ Kleines Unternehmen (0)
- ☐ Mittleres Unternehmen (0)
- ☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	01_Uebersichtsplan.pdf	4,12 MB	